

ZUKUNFT HESSEN

EIN MAGAZIN DER SPD HESSEN
UND DER LANDTAGSFRAKTION

MIT INTERVIEW
von Familienministerin
**MANUELA
SCHWESIG**

WEIL FAMILIEN ENTLASTET WERDEN MÜSSEN

GEBÜHRENFREIE KITAS FÜR HESSEN

HESSEN
SPD

SCHWARZ-GRÜNE SPARPOLITIK

**HESSISCHE KOMMUNEN HABEN FÜR
WICHTIGE INVESTITIONEN KEIN GELD**

AUF EIN WORT



Die y-not GmbH ist der Spezialist für Ihre Wahlkampfwerbung!

Mit einem breiten Sortiment eigens für den Wahlkampf konzipierter Artikel und unseren hauseigenen Veredelungsbetrieben, können wir Ihnen nicht nur flexiblen und schnellen Service, sondern auch eine sorgfältige Auftragsabwicklung garantieren.

Wir freuen uns darauf, Sie im kommenden Wahlkampf unterstützen zu dürfen!



BILDNACHWEIS – SPD-LANDTAGSFRAKTION

**LIEBE LESERINNEN,
LIEBE LESER,**

wer Kinder hat, braucht Unterstützung. Denn Familien leisten Großartiges für unsere Gemeinschaft. Deshalb ist es eins der obersten politischen Ziele der SPD, eine kinder- und elternfreundliche Politik zu machen.

Alle Eltern, gerade auch die alleinerziehenden, brauchen vor allem eine gute Kinderbetreuung. Deshalb war es wichtig und richtig, dass die SPD im Bund dafür gesorgt hat, dass die Kommunen beim Ausbau der Betreuungsplätze unterstützt werden.

Eltern brauchen aber auch Entlastung bei den Kindergartenbeiträgen. In vielen Kommunen

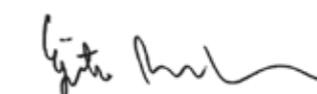
Hessens mussten die Beiträge erhöht werden, weil das Land die Kommunen zu wenig unterstützt. Diese Entwicklung wollen wir stoppen. Wir wollen langfristig erreichen, dass für den Kita-Besuch überhaupt keine Beiträge mehr gezahlt werden müssen. Denn frühkindliche Bildung ist enorm wichtig, hier werden die Grundlagen für den weiteren Lebensweg gelegt. Hier beginnt Chancengleichheit, Bildungsangebote von der Krippe bis zur Uni müssen kostenfrei sein.

Wir wollen jetzt den ersten Schritt gehen und haben dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Halbtagsplatz im zweiten Kindergartenjahr freistellt. Im dritten Jahr ist der Besuch für den halben Tag schon kostenlos.

Die weitere Freistellung werden wir in Stufen angehen.

Die Bildungschancen eines Kindes dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Hier ist Hessen im Bundesvergleich leider Schlusslicht. Und: Je früher Kinder Bildungsangebote bekommen, desto besser ist das für ihre Lernentwicklung. Deshalb wollen wir jetzt schrittweise die Beiträge für Kitas und Krippe abschaffen, damit allen Kindern beste Bildungschancen eröffnet werden.

Herzlichst



Günter Rudolph, Mdl
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion

INHALT

- 3 AUF EIN WORT
- 4 INHALT
- 6 **RUBRIK**
FAKTCHECK
- 8 **TITELTHEMA**
FAMILIE
Jede Entscheidung für
Kinder verdient
Unterstützung
- 13 **RUBRIK**
LUFT & LIEBE?
- 13 GEWINNSPIEL
- 14 KITABEITRÄGE SIND
BILDUNGS-
BARRIEREN
Warum Eltern keine
Gebühren für Kitas mehr
zahlen sollen



16 **DIE ALLES-IST-MÖGLICH-LÜGE**
Wieso Familie und Beruf nicht zu vereinbaren sind

19 **RUBRIK**
MEIN LIEBLINGS-
PLATZ IN HESSEN
Gabriele von Lutzau

20 **WIR BRAUCHEN EINE ANDERE FORM DER ZUSAMMENARBEIT**
Uphoff PR & Marketing gilt als familienfreundliches Unternehmen. Zukunft Hessen verrät Agenturchefin Uphoff ihre Philosophie.

22 **RUBRIK**
ACHTUNG
SCHWARZ-GRÜN!
Am 6. März wählen gehen gegen Rechts



24 **MOBIL, SICHER & SELBSTBESTIMMT**
Schwarz-Grün darf Wünsche und Bedürfnisse von Älteren nicht dem Spardiktat opfern

26 **RUBRIK ! AKTUELL**
DAS LAND VERNACHLÄSSIGT STÄDTE, KREISE UND GEMEINDEN
Defizit der Kommunen auf dritt schlechtesten Platz

28 **"GRIFF DES LANDES IN FRANKFURTER KASSEN IST UNVERHÄLTNISSMÄSSIG"**
Schwarz-grüne KFA-Reform greift den Kern sozialdemokratischer Gerechtigkeitsvorstellungen an

30 **HESSISCHE KOMMUNEN HABEN FÜR**



WICHTIGE INVESTITIONEN KEIN GELD
Nur handlungsfähige Städte, Kreise und Gemeinden können die Aufgaben der Zukunft und den sozialen Zusammenhalt gestalten.

32 **WEIL SCHWARZ-WEISSE ANTWORTEN NICHT GREIFEN**
SPD debattiert beim Hessengipfel 2016 über Sicherheit, Kommunales und die Flüchtlingssituation

34 **RUBRIK**
IN DEN KOCHTOPF
GESCHAUT Elke Barth

35 **RUBRIK**
NACHGEFRAGT
Drei Fragen von Antje Köster

36 **IMPRESSUM**

FAMILIEN IN ZAHLEN

FAKTENCHECK

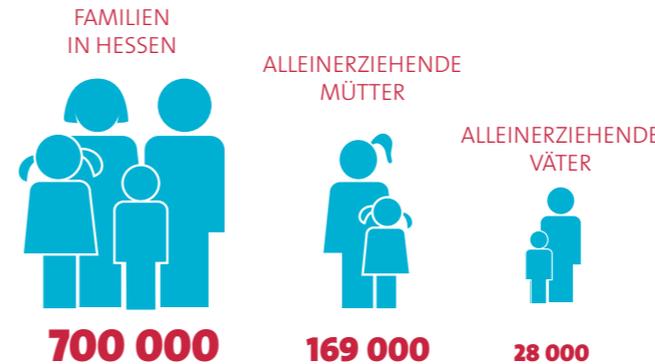
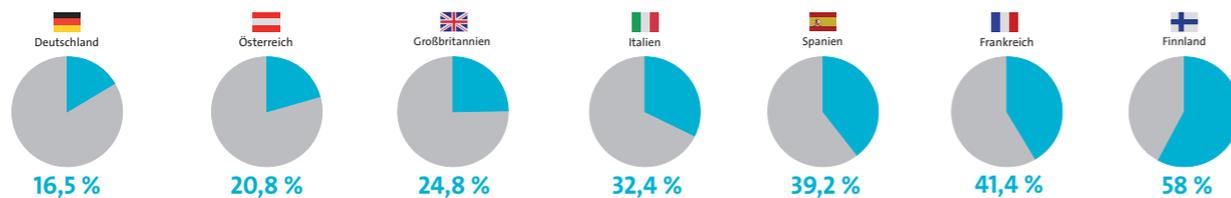
SPD-LANDTAGSFRAKTION

Besonders für Frauen bedeutet das Kinderkriegen nach wie vor ein Risiko für das berufliche Weiterkommen. Die Zahlen der Statistiken zeigen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor in vielen Fällen hehres Ziel statt Realität ist. Mit gerade mal einem knappen Sechstel sind in Deutschland nur in sehr wenigen Familien Mann und Frau vollzeitbeschäftigt. Steigende Gebühren für die Kinderbetreuung sind dabei keine Hilfe. Vielmehr sorgen sie dafür, dass es sich Eltern zweimal überlegen, ob beide wieder voll arbeiten gehen. Auch der Wiedereinstieg in die Arbeitswelt verläuft dabei nicht immer unproblematisch. Dabei wollen gerade Frauen lieber flexibel, als weniger arbeiten.

NUR 16,5 PROZENT ALLER ELTERN ARBEITEN BEIDE VOLLZEIT

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern ist es in Deutschland eher die Ausnahme, dass zwei Elternteile Vollzeit arbeiten. Nur in jeder sechsten Familie sind Mann und Frau voll berufstätig. Bei einem Großteil der übrigen 83,5 Prozent arbeitet meistens die Frau in Teilzeit oder bleibt ganz zu Hause. In anderen Staaten, etwa in Finnland oder Frankreich, liegt die Quote der Vollzeit-Paare mit 58 Prozent und 41,4 Prozent mehr als doppelt und dreimal so hoch. Auch Italien liegt mit 32,4 auf einem deutlich höheren Niveau.

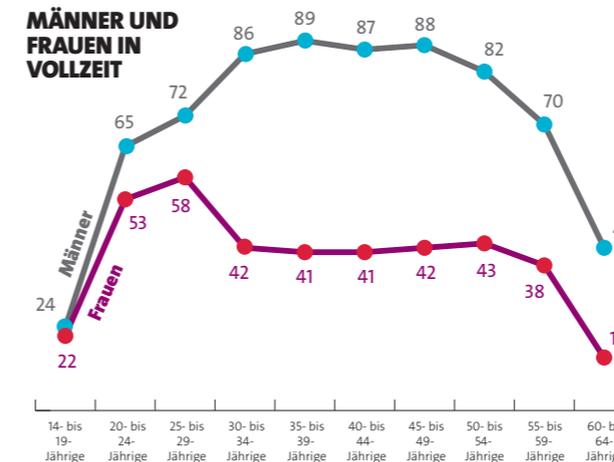
Quelle: OECD



ALLEINERZIEHENDE MACHEN 22 PROZENT DER FAMILIEN AUS

Gut jeder fünfte Haushalt mit Kindern in Hessen wird von einem Elternteil allein gemanagt. Insgesamt 197 000 der 897 000 Familien mit ledigen Kindern sind Alleinerziehenden-Haushalte. Dabei sind alleinerziehende Mütter in der deutlichen Überzahl. Während nur in 28 000 Haushalten der Vater sich allein um das Kind oder die Kinder kümmert, werden 169 000 Haushalte von alleinerziehenden Müttern organisiert.

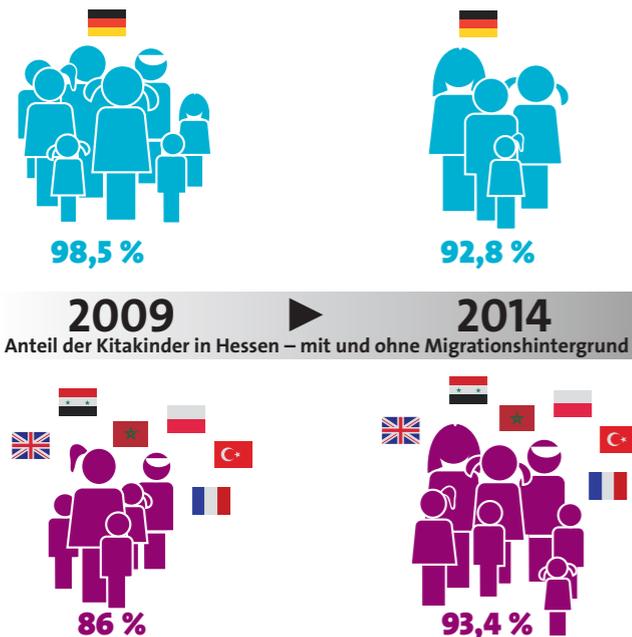
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (2014)



NUR HALB SO VIELE FRAUEN WIE MÄNNER ARBEITEN IHR LEBEN LANG VOLLZEIT

Zwischen dem 30. und 60. Lebensjahr arbeiten mit 38 bis 43 Prozent nur halb so viele Frauen Vollzeit wie Männer. Deren Vollzeitquote liegt zwischen 70 Prozent in den Endfünfzigern und 89 Prozent zwischen 35 und 39 Jahren. Deutlich ist, dass zwischen den Endzwanzigern und Anfangdreißigern die Zahl der voll erwerbstätigen Frauen von 58 auf 42 Prozent deutlich absackt, während die der Männer von 72 auf 86 steigt.

Quelle: Allensbach (2015)

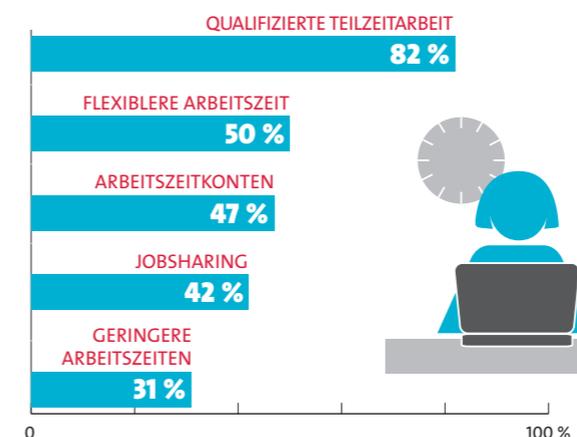


ANTEIL DER KITAKINDER IN HESSEN SINKT

In Hessen hat die Zahl der Kinder ohne Migrationshintergrund, die in Kitas gehen, in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. War es 2009 mit 98,5 Prozent noch fast jedes Kind, schickten 2014 nur noch die Eltern von 92,8 Prozent der Kinder ihren Nachwuchs in eine Kita. Als Grund nennen viele Eltern die hohen Kitagebühren. Bei den Kindern mit Migrationshintergrund geht der Trend hingegen in die andere Richtung: Die Zahl der Kitakinder wuchs hier von 86 auf 93,4 Prozent.

Quelle: Hessischer Integrationsmonitor

WAS SICH FRAUEN NACH DER ELTERNZEIT WÜNSCHEN ...



MÜTTER WÜNSCHEN SICH FLEXIBLERE ARBEITSZEITEN

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, wünschen sich 82 Prozent der berufstätigen Mütter eine Aufwertung von Teilzeitmodellen zu qualifizierter Teilzeitarbeit. Die Hälfte der Befragten spricht sich für flexiblere, aber nur 31 Prozent für kürzere Arbeitszeiten aus. Arbeitszeitkonten würden 47 Prozent der Frauen bevorzugen, 42 Prozent bevorzugen ein Jobsharing-Modell. Unternehmen kommen diesen Wünschen teilweise nach. In immerhin 16 Prozent der Fälle kommt aber keines der Modelle zum Tragen.

Quelle: Frankfurt University of Applied Science (2015)

„JEDE ENTSCHEIDUNG FÜR KINDER VERDIENT UNTERSTÜTZUNG“

Familienministerin Manuela Schwesig und der hessische SPD-Fraktions- und Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel über Familienmodelle, Kinderbetreuung, Pflege und Integration

Themenschwerpunkt
FAMILIE

Bundesfamilienministerin
Manuela Schwesig (41, SPD)
will Vereinbarkeit von Familie
und Beruf erleichtern

SPD-LANDTAGSFRAKTION

Zukunft Hessen: Das Familienbild in Deutschland ist im Wandel. An die Stelle der traditionellen Rollenverteilung – dem Verdiener-Zuverdiener-Modell – treten immer öfter gleichberechtigte Partnerschaften, in denen Frauen und Männer zu gleichen Teilen erwerbstätig sein und Verantwortung für den Nachwuchs übernehmen wollen. Wie kann man sie unterstützen?

Kostenfreie Bildung ist der richtige Weg, damit man keine zusätzlichen Hürden für Bildungschancen aufbaut.

Manuela Schwesig

Manuela Schwesig: Familie hat heute viele verschiedene Formen. Ob alleinerziehend, verheiratet oder nicht, ob Patchwork- oder Regenbogenfamilie: Politik darf den Familien nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Ich will Familien unterstützen,

so zu leben, wie sie leben wollen. Jede Entscheidung für Kinder ist großartig und verdient Unterstützung. Wir haben in der Bundesregierung einen Richtungswechsel geschafft und eine moderne Familienpolitik angestoßen. Zum Beispiel mit mehr Kita-Ausbau und einem Programm, das die Betreuung in Randzeiten fördert. Aber auch mit ElterngeldPlus und der Frauenquote. In einem Fall hat uns das Verfassungsgericht geholfen: Wir konnten endlich die Mittel, die für das Betreuungsgeld eingeplant waren, den Ländern für Kitas zur Verfügung stellen.

Thorsten Schäfer-Gümbel: Gute Kinderbetreuung ist ein wichtiger Pfeiler für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die hessische Landesregierung hat hier leider mit dem sogenannten Kinderförderungsgesetz Bedingungen geschaffen, die der Qualität der Kinderbetreuung nicht ausreichend Rechnung trägt – im Gegenteil. Das Land wertschätzt die Arbeit hier zu wenig. Das gilt auch für die Leistung der Erzieherinnen und Erzieher. Die Abgeordneten meiner Fraktion haben letztes Jahr einen ganzen Tag in einer Kita gearbeitet. Das war für die Einschätzung der Arbeit sehr wichtig. Für uns spielt aber neben der Qualität ein weiterer Punkt eine große Rolle. Wir fordern die stufenweise Abschaffung von Kita-Gebühren mit dem Ziel, spätestens mit den Mehreinnahmen aus dem neu geordneten Länderfinanzausgleich 2020

Kitas komplett gebührenfrei zu machen. Damit wollen wir zum einen hessischen Familien, die in den vergangenen Jahren immer wieder die Verlierer bei Gebühren- und Steuererhöhungen waren, nun zu Gewinnern machen. Außerdem sind solche Kosten Bildungsbarrieren – besonders für Kinder aus bildungsfernen Familien. Auch ihnen wollen wir eine gute Bildung ermöglichen. In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungsweg gelegt. Unser Ziel ist die optimale individuelle Förderung aller Kinder von Anfang an.

Zukunft Hessen: Gebührenfreie Kita-Plätze in Hessen. Ist das auch aus Sicht des Bundes ein richtiger Schritt?

Manuela Schwesig: Ja, natürlich. Andere Länder haben es vorgemacht. Gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die Zukunftschancen unserer Kinder liegen der Sozialdemokratie seit jeher am Herzen. Kostenfreie Bildung ist der richtige

Weg, damit man keine zusätzlichen Hürden aufbaut, die Bildungschancen und soziale Mobilität verhindern. Dass die hessische SPD einen konkreten, nachprüfbaren Plan dafür vorlegt, zeigt die Verlässlichkeit der SPD.

Der hessische SPD-Landes- und Fraktions- und stellvertretende Bundesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel (46) setzt sich für gebührenfreie Kitas ein.

Integration fängt in der Kita an.
Thorsten Schäfer-Gümbel

Zukunft Hessen: In der Familienpolitik hat sich viel bewegt, was kommt noch?

Manuela Schwesig: Wir haben noch einiges vor, besonders wichtig ist mir die Lohngerechtigkeit. Die Lohnlücke von 22 Prozent zwischen Frauen und Männern darf nicht einfach ignoriert werden. Das ist eine der größten Ungerechtigkeiten in Deutschland. Dazu sind mehrere Bausteine notwendig, weil es viele Ursachen gibt: Teilzeitjobs, mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch, dass typische Frauenberufe, etwa im Sozialbereich, generell schlechter bezahlt werden. Deshalb wird es mit dem neuen Pflegeberufsgesetz Ausbildungsvergütungen geben, anstatt, wie jetzt noch, Schulgeld zahlen zu müssen. Das Gesetz brauchen wir, um mehr Transparenz zu schaffen für die, die im gleichen Job unterschiedlich bezahlt werden. Das sind immerhin sieben Prozent.

Thorsten Schäfer-Gümbel: Versteckte Lohndiskriminierung ist eine Form der Diskriminierung. Sie schafft Abhängigkeiten, ohne dass man die Ursachen offen sieht. Das gilt für Pflegeberufe wie für viele andere Berufszweige. Nach wie vor verdienen Frauen für gleichwertige Arbeit weniger als Männer. Wir brauchen aber den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“, um ungewollte Abhängigkeiten gar nicht erst zu schaffen. Immer mehr Paare wollen ein solches Modell der „Versorgerehe“ nicht – auch vor dem Hintergrund, dass sich die Un-

Ältere Menschen haben ein Recht auf gutes Leben und Pflege.
Thorsten Schäfer-Gümbel



Was sind die Anliegen der Senioren?
– Thorsten Schäfer-Gümbel hört zu.

BILDNACHWEIS – PETER JÜLICH

FAKTEN

ZIELE DER SPD IN DER FAMILIENPOLITIK

Für die SPD ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Eine moderne Familienpolitik muss mit guten Rahmenbedingungen die Familien dabei unterstützen. Daher haben wir nach dem Elterngeld nun auch das ElterngeldPlus eingerichtet, um Vätern und Müttern die Möglichkeit einzuräumen, sich gleichermaßen um Beruf und Familie zu kümmern. Wir schaffen außerdem ein gesetzliches Rückkehrrecht auf die alte Arbeitszeit nach der Elternzeit, setzen uns ein für die Einführung von sozialdemokratischem Familiensplitting, damit der Status „Familie“ nicht allein an einem Schriftstück hängt, Steuerentlastungen für Alleinerziehende und für ein gutes Kinderbetreuungsangebot. Unser Ziel hierbei lautet: ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kita- und Schulkinder, bezahlbar, mit Öffnungszeiten, die zum Familienleben passen.



Eltern werden mit Spaß. Die SPD will Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

BILDNACHWEIS – FOTOLIA / UNDERDOGSTUDIOS

Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum.
Thorsten Schäfer-Gümbel

gleichheit und damit die Abhängigkeit bis in die Rente erstreckt. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist heute in vielen Partnerschaften ein Anliegen beider Elternteile. Wir müssen auch dafür sorgen, dass Erziehungszeiten nicht länger eine Karrierebremse sind.

Zukunft Hessen: Glauben Sie, das sind Themen, die für die Profilbildung der SPD taugen?

Manuela Schwesig: Auf jeden Fall. In der Familien-, Frauen- und auch in der Bildungspolitik sind die Unterschiede zwischen SPD und Union groß. CDU und CSU hängen immer noch dem alleinigen Gesellschaftsbild nach: von der Ehe mit Kindern, er arbeitet, sie bleibt zu Hause. Gegen dieses Familienmodell ist auch gar nichts zu sagen. Nur ist die Gesellschaft heute viel bunter. Ich finde: Wann immer sich jemand für ein Kind entscheidet, ist das großartig.

Thorsten Schäfer-Gümbel: Familie ist dort, wo Kinder sind und dort, wo Menschen unterschiedlicher Generationen füreinander eintreten. Unsere Familienpolitik ermöglicht und fördert die Entscheidung für Familie und für die Übernahme familiärer Verantwortung für Kinder und auch für Pflegebedürftige. Wir wollen, dass sich Frauen und Männer in jeder Lebenssituation für Kinder entscheiden können. Dazu gehört auch, eine sichere Wohnungssituation herzustellen. Familien müssen wissen, dass sie bezahlbaren Wohnraum finden. Deshalb haben wir gerade ein Wohnungsförderungsprogramm für 6000

Wohnungen für niedrige und mittlere Einkommen bei der schwarz-grünen Landesregierung durchgesetzt. Insbesondere durch die Politik der CDU ist bezahlbarer Wohnraum in den hessischen Ballungsgebieten leider knapp geworden.

Zukunft Hessen: Tun Unternehmen genug, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen?

Manuela Schwesig: Familien erleben in Deutschland oft noch zu wenig Verständnis für ihre Situation, insbesondere in der Arbeitswelt. Es muss mal Schluss sein damit, dass Familien immer arbeitsmarktfreundlicher werden sollen. Es kann nicht sein, dass der Staat eine immer umfassendere Kinderbetreuung organisiert, damit Arbeitnehmer ständig bereitstehen. Die Unternehmen müssen gerade Eltern bei der Arbeitszeit entgegenkommen. Umfragen zeigen: Heute hilft ein Drittel der Betriebe bei der Kinderbetreuung – da ist noch viel Luft nach oben.

Thorsten Schäfer-Gümbel: Eine Betriebs-Kita ist heute für viele Familien schon eine erhebliche Erleichterung. Doch Familienfreundlichkeit endet nicht damit, dass man sein Kind während der Arbeitszeit betreut weiß. Für ein wirklich familienfreundliches Unternehmen gehören flexible Arbeits- und Arbeitszeitmodelle zum Standard und bedeuten

Die Lohnlücke von 22 Prozent zwischen Frauen und Männern darf nicht einfach ignoriert werden.
Manuela Schwesig

STUDIE ALLENSBACH: NUR 15 % DER ELTERN ARBEITEN VOLLZEIT

Das Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach hat in ihrer Studie „Weichenstellungen für die Aufgabenteilung in Familie und Beruf“ herausgefunden, dass Eltern von Politik und Wirtschaft erwarten, angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Entscheidung zur partnerschaftlichen Aufgabenteilung in der Familie werde von den Bedingungen der Arbeitswelt und den Betreuungsmöglichkeiten beeinflusst. Wie sich Eltern die Aufgaben nach der Geburt des ersten Kindes aufteilen, entscheidet meist über die künftigen Berufsperspektiven. Vor der Geburt sind laut der Allensbach-Studie 71 Prozent der Paare in Vollzeit erwerbstätig, nach Geburt und Elternzeit nur noch 15 Prozent, mehr als die Hälfte wechselt in ein Modell mit Vollzeit des Vaters und Teilzeit der Mutter. Viele Frauen bleiben dann in der Teilzeit, Männer in der Vollzeit. Befragt wurden 3000 Mütter und Väter.



Familienministerin Schwesig im Dialog mit Muslima in Deutschland.

BILDNACHWEIS – PHOTOTHEK THOMAS IMO

nicht, dass Mitarbeiter damit weniger Wert sind und niedrigere Karrierechancen haben – das gilt für Frauen wie für Männer.

Zukunft Hessen: Auf Kitas kommen bundesweit mit den vielen zu uns kommenden Familien

STUDIE MÜTTERSCHAFT UND KARRIERE SIND (NOCH) NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH

Laut der Studie „Karrierespектiven berufstätiger Mütter“ der Frankfurt University of Applied Sciences wird jede dritte schwangere Mitarbeiterin von der/dem Vorgesetzten nicht ermutigt, frühzeitig in die Firma zurückzukehren. 68 Prozent der Frauen kehren nach der Elternzeit zu ihrem alten Arbeitgeber zurück. Jede vierte

Mutter konnte die alte Position nicht übernehmen. Zwei Drittel (66 Prozent) mussten sich mit einem niedrigeren Tätigkeitsniveau, geringeren Einflussmöglichkeiten, schlechterer Bezahlung oder schlechteren Aufstiegschancen abfinden. 70 Prozent der Mütter, insbesondere diejenigen in Führungspositionen, fürchteten,

durch eine längere Auszeit beruflich benachteiligt zu werden. 12 Prozent dieser Frauen meinten sogar, ihren Arbeitsplatz dadurch zu riskieren. Die Mütter reagierten darauf, indem sie die berufliche Pause entsprechend verkürzten. So haben ein Drittel der befragten Frauen nur sechs Monate und kürzer pausiert.

hohen Belastungen zu kämpfen. Wir kann man ihnen helfen?

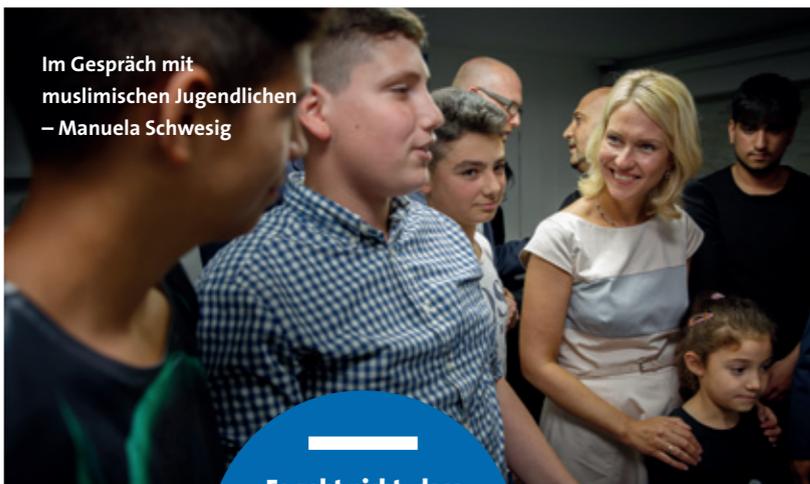
Manuela Schwesig: Familie ist oft auch die Sorge um pflegebedürftige Angehörige. Rund zwei Drittel werden zu Hause versorgt. Das erfordert viel Kraft und Zeit. Vor allem für Berufstätige ist das schwer. Darum haben wir dafür gesorgt, dass die Vereinbarkeit zwischen Familie, Pflege und Beruf verbessert wird. Vor allem die Möglichkeit einer bezahlten Auszeit von bis zu zehn Tagen, um im Notfall eine Pflege, zum Beispiel für die Mutter, zu organisieren, wird gut angenommen. Außerdem gibt es die Möglichkeit Auszeit bis zu einem halben Jahr oder Teilzeit bis zu zwei Jahren mit zinslosem Darlehen.

Thorsten Schäfer-Gümbel: Die SPD hat in der Großen Koalition auch hier maßgebliche Verbesserungen durchsetzen können. In Hessen bedeutet verantwortungsbewusste Politik für Ältere auch immer eine Stärkung des ländlichen Raumes. Viele Menschen brauchen Pflegeangebote vor Ort. Das gilt auch für die ärztliche Versorgung. Auch hier hat sich die Landesregierung in den vergangenen Jahren sehr zurückgehalten. Es muss etwas passieren. Ältere Menschen haben ein Recht auf gutes Leben und Pflege.

Thorsten Schäfer-Gümbel: Wichtig ist, dass hier keine Gruppen gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Die Menschen, gerade Kinder, die aus Kriegsgebieten zu uns kommen und dort und bei ihrer Flucht oft Traumatisches erlebt haben, brauchen einen Platz in unserer Gesellschaft – Integration fängt in der Kita an. Hier muss die hessische Landesregierung dafür sorgen, dass diesen Kindern der Zugang nicht versperrt wird.

Zukunft Hessen: Auch bei der Pflege haben Familien oft mit

damit auch die Qualität der Betreuung gleich bleibt und nicht etwa die Gruppen erheblich größer werden.



Im Gespräch mit muslimischen Jugendlichen – Manuela Schwesig

Es geht nicht, dass Familien immer arbeitsmarktfreundlicher werden sollen.
Manuela Schwesig

neue Aufgaben zu. Wie lassen sie sich bewältigen?

Manuela Schwesig: Wir dürfen nicht die Fehler der 1960er-Jahre wiederholen, als man sich auf die „Gastarbeiter“ konzentrierte und wenig für die Frauen und Kinder getan hat. Gerade der Spracherwerb in Kita und Schule ist wichtig. Das bedeutet natürlich dauerhafte Kosten – für Erzieher und für Lehrer. Integration kann nur über Sprache, Bildung und Arbeit gelingen. Deshalb werden wir erheblich mehr Kita-Plätze brauchen als bisher. Das kommt übrigens allen Menschen in unserem Land zugute. Wir müssen kräftig investieren,

LUFT & LIEBE?

Wovon Menschen leben SPD-LANDTAGSFRAKTION

THILO REIFERT (45), ARCHITEKT

Für seine Tochter Greta ist Thilo Reifert für ein Jahr ausgestiegen und hat Computer und Zeichenbrett gegen Fläschchen und Windeln getauscht. Während seine Frau Clara weiter berufstätig war, nahm er von Juli 2013 bis Juni 2014 Elternzeit. „Wir haben damals entschieden, dass Clara weiter ihrer Karriere nachgehen soll. Für mich war es eine Art Experiment. Sich nach Jahren der Berufstätigkeit auf ein Kind zu konzentrieren, ist schon eine große Veränderung. Ich hatte zwischenzeitlich das Gefühl, dass ich das Sprechen verlerne. Aber es war eine großartige Zeit. Ich würde es auf jeden Fall wieder machen. In den Beruf bin ich schnell wieder hineingekommen.“

Ein bis zwei Tage, und ich war wieder up to date. Man hört da ja auch andere Geschichten.“



THILO REIFERT MIT TOCHTER GRETA

Einnahmen-Ausgaben-Rechnung

Thilo Reifert wohnt mit seiner Frau und Tochter in einer Dreieinhalb-Zimmer-Wohnung. Sie kostet 650 Euro Miete. Die Familie hat zwei Autos, geht gern Essen und fährt regelmäßig in den Urlaub. Die beiden Eltern verdienen gut.

Was ist Ihnen wichtig?

„Die Zeit mit meiner Familie ist mir enorm wichtig. Es war eine große Umgewöhnung, als ich Greta plötzlich nur noch morgens und abends und am Wochenende gesehen habe. Noch heute ist mir das manchmal zu wenig. Und die Sache mit der Bürokratie – da gab es zuweilen schon schräge Erlebnisse.“

Was würden Sie ändern?

„Erstmal den verbreiteten Begriff des Elternurlaubs. So viel Spaß es auch gemacht hat, das erste Jahr mit Greta war harte körperliche Arbeit. Abends war ich meistens fix und alle. Dann ist es eigenartig, dass das Elterngeld immer erst ab dem ersten des Monats nach der Geburt bezahlt wird. Greta wurde am frühen morgen des 1. Juli geboren – wir haben also erst zum 1. August Geld bekommen. Für Familien mit knappem Einkommen zu einer Zeit des größtmöglichen Umbruchs kann das schon hart sein.“

DAS GEWINNSPIEL

SPD-LANDESVERBAND

GEWINNEN SIE MIT ETWAS GLÜCK EINEN TAG IM HESSISCHEN LANDTAG MIT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL!

Dazu beantworten Sie einfach die folgende Frage und senden uns diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an den SPD-Landesverband Hessen, Kennwort: Gewinnspiel, Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden. Alternativ können Sie uns Ihre Antwort mit Ihren Kontaktdaten als E-Mail an quiz@spd-hessen.de schicken.

Was sind die bildungspolitischen Ziele der SPD Hessen?

- [A] kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni
- [B] Bildungsbarrieren müssen abgebaut werden.
- [C] Die Bildungschancen von Kindern dürfen nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Nachname, Vorname	Mail
Straße/Nr.	PLZ/Ort

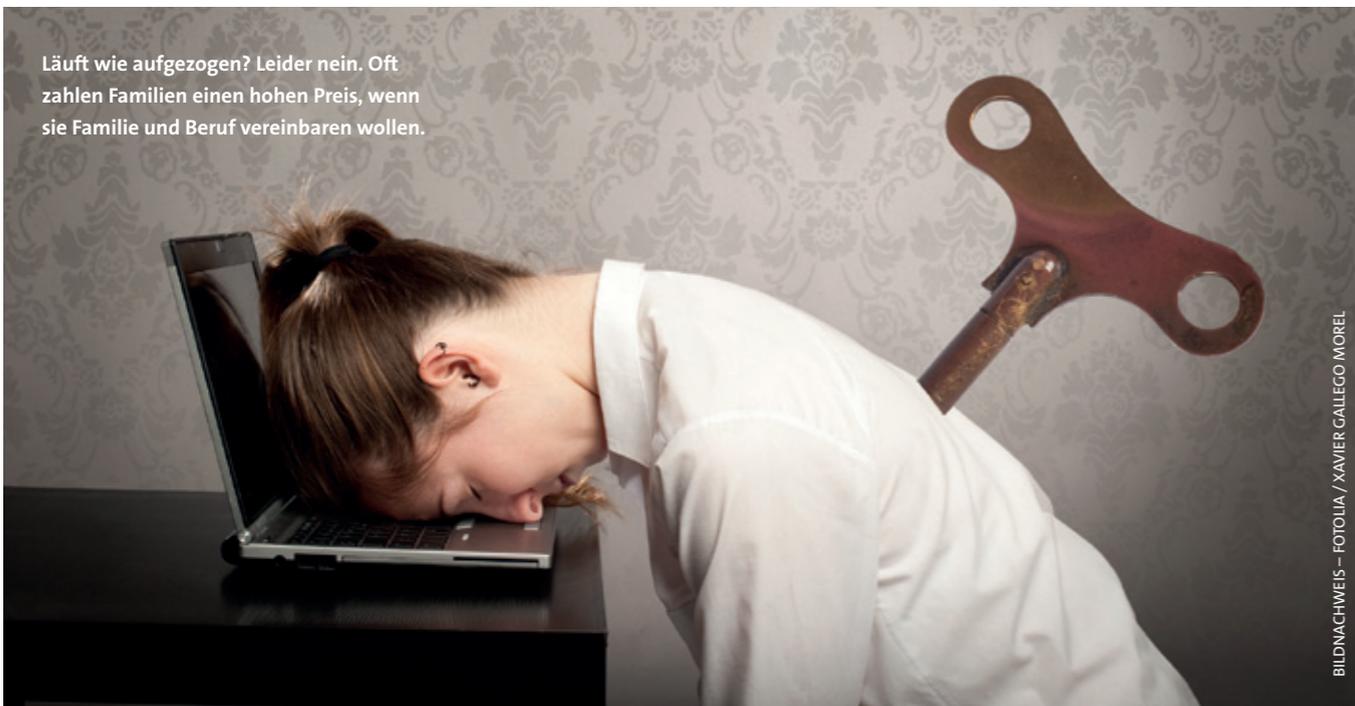
Alle richtigen Antworten nehmen an der Verlosung teil. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Benachrichtigung des Gewinners erfolgt auf dem Postweg.
[] ja, ich möchte auch in Zukunft von der HessenSPD informiert werden, bitte setzen Sie sich mit mir unter den angegebenen Daten in Verbindung.

Vereinbarkeit ist das neue Zauberwort der Familienpolitik. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo eine Studie, ein Artikel oder ein Gesetzesvorhaben erscheint, in der die Gleichzeitigkeit von Familie und Beruf gefordert, kommentiert oder untersucht wird. Unternehmen entdecken mehr und mehr das Label „familienfreundlich“ für sich. Und die Kinderbetreuung für unter Dreijährige ist fast überall eine Selbstverständlichkeit geworden. Die Haltung

SPD-LANDESVERBAND – Text **SUSANNE GARSOFFKY**

DIE ALLES-IST-MÖGLICH-LÜGE

Wieso Familie und Beruf nicht zu vereinbaren sind



Läuft wie aufgezogen? Leider nein. Oft zahlen Familien einen hohen Preis, wenn sie Familie und Beruf vereinbaren wollen.

BILDNACHWEIS – FOTOLIA / XAVIER GALLEGO MOREL

dahinter: Ist doch alles paletti, wer es jetzt nicht schafft, alles unter einen Hut zu bekommen, ist selber Schuld.

Das ist eine Lüge! „Vereinbarkeit“ – Allein das Wort ist eine Beschönigung. Denn es gibt nur ein Nebeneinander zweier Lebensbereiche, die sich, wenn man sie gleichzeitig ausübt, einfach ad-

dieren. Warum? Weil sie genau dieselben Anforderungen an uns stellen: In der Familie und im Beruf sollen wir allzeit verfügbar, flexibel und stets bei der Sache sein. Und selbst wenn wir immer mehr Bereiche in der Familie „outsourcen“, solange der Tag nur 24 Stunden hat und man zwischendurch auch noch schlafen und essen möchte, kann das nicht gut gehen.

DIE NEUEN VÄTER – MEHR WUNSCH ALS WIRKLICHKEIT

Aber der Anspruch besteht, alles gleichzeitig zu schaffen – sowohl vonseiten der Politik als auch der Wirtschaft. Und so ist der Alltag vieler Familien mittlerweile ein einziger Kraftakt. Es wird gefeilscht und gestritten, verteilt und verhandelt, wie sonst nur auf



BILDNACHWEIS – FOTOLIA / KRISTIN GRÜNDLER

Väter nehmen immer öfter Elternzeit. Ist sie vorbei, müssen aber auch sie zurück in den Job.

dem Bazar: Wer macht was, wie, wann? Unvorhergesehenes darf nicht passieren. Plötzlich auftretendes Fieber beim Kind, nächtliche Magen-Darm-Infekte oder gar ein gebrochener Arm führten direkt in die Orga-Katastrophe. Da wird hektisch telefoniert und oft genug nachts an der Badezimmertür gestritten, wer am nächsten Tag die wichtigeren Termine hat. Meist ist es dann die Frau, die dann erschöpft ihren Job aufgibt oder reduziert, um nicht vor die Hunde zu gehen.

Warum gerade sie? Es gibt einen Haufen Gründe dafür. Einer der wichtigsten ist die fehlende Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Die Frage, wer zurücksteckt, wird immer noch mit dem Gehaltszettel in der Hand entschieden. Ein zweiter aber ist, dass Frauen Kinder und ihren Beruf nur dann zufriedenstellend leben können, wenn auch die Väter mit im Boot sind. Das sind sie aber nicht. Zwar sind Zeitschriften und TV-Magazine voll von Porträts glücklicher junge Väter, die mit ihrem Säugling auf dem Rücken in den zwei Monaten „Väterzeit“ die lang ersehnte Trekking-Tour durchs Himalaya-Gebirge antreten und danach gern noch ein Buch über ihre Glücksmomente beim Windelwechseln schreiben. Aber dann ist die El-

ternzeit vorbei – und damit auch der „neue“ Vater wieder da, wo er vorher war – am Schreibtisch. 90 Prozent der Männer arbeiten nach der Familiengründung sogar noch mehr Stunden als vorher. Das liegt nicht daran, dass sie nicht wollen, sondern dass sie die Konsequenzen in ihrem Unternehmen fürchten. Zahlreiche Beispiele zeigen: zu Recht.

FAMILIENFREUNDLICHKEIT OFT NUR VORGESCHOBEN

Es ist unstrittig, dass „Familienfreundlichkeit“ das neue Thema in den meisten Unternehmen ist. Überall werden innovative Arbeitszeitkonzepte vorgelegt, die „Work-Life-Balance“ beschworen und „Diversity“-Beauftragte eingestellt. Mehr als ein Marketing-Instrument scheint das aber nicht zu sein. Denn die Maßnahmen werden von den meisten Arbeitnehmern nicht als Entlastung empfunden. Laut Umfragen fühlen sich hierzulande gerade einmal acht Prozent der Eltern in ihren Betrieben bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich unterstützt. So informieren viele Unternehmen ihre Belegschaft erst gar nicht über schon bestehende Programme. Oder Männer und Frauen greifen auf Angebote wie Homeoffice oder flexible Arbeitszeiten nicht zurück, aus Angst, auf dem Abstellgleis zu landen oder den Arbeitsplatz gleich ganz zu verlieren.

Denn aus Rücksicht auf die Familie im Job kürzer zu treten, führt immer noch in die Sackgasse. Frauen lässt man das vielleicht noch eine Zeit lang durchgehen, obwohl auch bei Müttern der Druck wächst, möglichst früh

BUCHTIPP DIE ALLES-IST-MÖGLICH-LÜGE

»Beruflicher Erfolg macht glücklich« und »Die Zukunft ist weiblich«. So tönt es uns derzeit allerorten entgegen. Wer das nicht glauben mag, weil er gegen den alltäglichen Wahnsinn kämpft, den der Versuch, Familie und Beruf unter einen Hut zu kriegen, mit sich bringt, dem wird gerne mit einem Killerargument begegnet: »Das ist doch alles nur eine Frage der Organisation«. Susanne Garsoffky und Britta Sembach entlarven diese Sätze als die Lügen, die sie sind, und fordern mehr Ehrlichkeit bei diesem Thema – denn wir können aus der Vereinbarkeitsmisere wieder herausfinden. Den Autorinnen geht es nicht um individuelle Lebensentwürfe und weitere Selbstoptimierungsversuche, sondern um gesellschaftliche Solidarität. In ihrem Buch „Die Alles-ist-möglich-Lüge – Wieso Familie und Beruf nicht zu vereinbaren sind“ zeigen sie, wie mögliche Lösungen für unsere Gesellschaft aussehen könnten.

Das Buch ist erschienen im Pantheon Verlag und kostet 17,99 Euro. ISBN: 978-3-570-55252-0



BILDNACHWEIS – RANDOMHOUSE/G-SENGER

mit möglichst vielen Stunden in den Job zurückzukommen. Bei Männern aber hört der Spaß auf. Für die meisten Väter, die für ihre Familie länger zu Hause bleiben oder dauerhaft reduzieren wollen, hat das gravierende Auswirkungen auf ihre berufliche Zukunft.

TEILZEIT DARF KEINE FALLE, SONDERN KANN DIE LÖSUNG SEIN

Teilzeit ist – da sind sich alle Studien einig – der Karrierekiller Nummer eins. Männer wissen das und beugen sich diesem Druck: Nur rund sechs Prozent aller Väter haben ihre Arbeitszeit reduziert, aber 70 Prozent der Mütter. Und das auch noch freiwillig. Den Grund, den sie in allen Umfragen immer wieder angeben: Sie möchten einen Fuß in der Tür des Arbeitsmarkts behalten und trotzdem ihren Kindern bei den Hausaufgaben helfen oder ihre Angehörigen pflegen können. Selber Schuld – wenn sie so verrückt sind, dann sollen sie sich auch nicht beschweren, so der Tenor vieler Kommentare. Doch, sollten sie. Und am besten laut. Denn Mütter arbeiten zwar gerne weniger, um für ihre Familie da zu sein, aber sie leiden nicht gerne unter den Folgen. Teilzeitkräfte genießen ein geringes berufliches Ansehen, selbst wenn sie nur zeitweise und nur wenige Stunden reduziert haben. Und da die Fürsorgeleistung in der Familie in unserem Sozialsystem nur minimal abgebildet wird, folgt auf eine reduzierte Arbeitszeit bei den meisten eine Rente, die kaum zum Leben reicht. Das ist zutiefst ungerecht.

Dabei könnte die Teilzeit sehr wohl ein Instrument zur Verbin-



Erschöpft bei der Arbeit: Familie und Beruf zu kombinieren, fordert Eltern viel ab.

BILDNACHWEIS – FOTOLIA / CONTRASTWERKSTATT

dung von Beruf und Familie sein. Wenn Fürsorge-Arbeit endlich anerkannt und gerecht auf die Rente angerechnet werden würde. Und wenn Unternehmen sie nicht starr auslegten, sondern sie der Lebenssituation ihrer Angestellten – zum Beispiel bei Geburt der Kinder oder Pflege von Angehörigen – anpassen würden. Und damit Rücksicht darauf nehmen würden, dass Menschen neben dem Beruf auch noch ein Leben haben.

WIE WIR LEBEN WOLLEN

Seien wir einfach ehrlich. Geben wir zu, dass in den meisten Fällen entweder der Beruf oder die Familie leidet, wenn wir versuchen, beides gleichzeitig zu leben. Hören wir auf, die „Vereinbarkeit“ als ein rein individuelles Problem zu sehen, an dem jeder und jede aus persönlicher Unzulänglichkeit verzweifelt. Erkennen wir an, dass Familienarbeit eine ernstzunehmende, aufwendige und gesellschaftlich existenzielle Arbeit ist – und hören wir auf, diejenigen zu bestrafen, die sich dafür entscheiden – oft genug ja nur für eine begrenzte Zeit! Hören wir auf damit, nur Erwerbs-

arbeit einen Wert beizumessen, weil diese Haltung alle anderen Arbeiten gnadenlos entwertet. Machen wir die Gesellschaft bereit für einen Lebenslauf, in dem Phasen der Erwerbsarbeit immer wieder mit Phasen der Familienarbeit abwechseln können, von der Gesellschaft getragen, der Politik abgesichert und den Unternehmen gefördert. Nur so können wir Menschen Mut zu Familie machen. Viel zu viele hat dieser Mut längst verlassen.

SUSANNE GARSOFFKY IST JOURNALISTIN UND AUTORIN. ZULETZT HAT SIE DAS BUCH „DIE ALLES-IST-MÖGLICH-LÜGE“ VERÖFFENTLICHT. MIT DER INITIATIVE FAMILY UNPLUGGED (WWW.FAMILY-UNPLUGGED.DE) LÄSST SIE FAMILIEN IN KLEINEN FILMEN ÜBER IHRE EIGENEN ERFahrungen SPRECHEN. DIE FILME SIND AUF DER WEBSEITE DER INITIATIVE, DIE VOM BUNDES-FAMILIENMINISTERIUM UND



A.T. KEARNEY UNTERSTÜTZT WIRD, ABRUFBAR. SUSANNE GARSOFFKY IST VERHEIRATET UND HAT ZWEI SÖHNE.

BILDNACHWEIS – SPD



Schaffensraum im Odenwald: Um ihre Skulpturen (hier eine Wächterin) zu schaffen, schmeißt Gabriele von Lutzau schon mal die Kettensäge an.

SPD-LANDESVERBAND



Gabriele von Lutzau, Ex-Stewardess & Künstlerin, auch bekannt als „Engel von Mogadischu“, ist hin- und hergerissen zwischen stillem Odenwald und wildem Bockenheim.

Im tiefen Odenwald liegt das Städtchen Michelstadt. Dort gibt es ein Haus auf dem Berg, in dem sich mein Atelier befindet. Der Garten ist wild, die Luft klar und die Nachbarn freundlich. Hier habe ich meine Kinder großgezogen, hier haben wir uns immer wohlfühlt. Aber ich brauche immer das Auto – sei es, um einzukaufen oder um Kunst zu transportieren, denn der Berg ist steil, die Wege, besonders im Winter, beschwerlich.

In meinem Atelier duftet es nach Holz und Bio-Kettensägenöl. Die Arbeit ist hart, aber sie macht mich glücklich. Ich erschaffe Skulpturen, jedes Mal ist es ein wundervolles Abenteuer. Das Holz kommt aus dem Odenwälder Forst oder aus den Gärten der Umgebung. Nach getaner Arbeit schlepe ich mich die Treppen

hoch, falle in die Badewanne und lungere dann umgeben von meinen Katzen vor dem offenen Kamin. Ja ein offener Kamin – ohne Glaseinsatz, in dem ich das Holz prasseln höre und die Wärme die geschundenen Muskeln umspielt und mich wieder zu neuem Leben erweckt.

Dieser Ort konkurriert mit meinem geliebten Frankfurt-Bockenheim, in dem ich aufgewachsen bin. Mit dem Roller flitzte ich um die Ecken und wenn ich nicht nach drei Minuten wieder zurück war, machte sich die Oma große Sorgen. Meine Wohnung dort ist meine Höhle. Ich habe sie nach Omas Tod behalten, hier habe ich gelebt, bevor ich Familie hatte.

Ich laufe jeden Tag die Leipziger Straße rauf und runter und es ist

wie eine Zeitreise in meine Kindheit. Bockenheim hat sich sehr verändert, aber meine Liebe ist ungebrochen. Ich liebe es, zu Fuß durch die ganze Stadt zu laufen – bis nach Sachsenhausen und zurück, in der Kleinmarkthalle Waren zu finden, die sonst schwer zu bekommen sind, auf eine lange Kette von Vernissagen zu gehen, mich mit Freunden zu treffen, im Theater oder bei Musikveranstaltungen eine ordentliche Dosis Kultur zu mir zu nehmen.

Hier ist alles leicht zu erreichen – hier brauche ich kein Auto und nehme die U-Bahn nur bei schlechtem Wetter oder wenn es schnell gehen muss.

Hier bin ich frei und unbeschwert. Zwei Seelen schlagen ach in meiner Brust.

BILDNACHWEIS – PETER JÜLICH

WIR BRAUCHEN EINE ANDERE FORM DER ZUSAMMENARBEIT



Arbeiten im Homeoffice:
Hauptsache das Ergebnis
stimmt!

BILDNACHWEIS – FOTOLIA / SPECTRAL-DESIGN

Uphoff PR & Marketing gilt als familienfreundliches Unternehmen. Zukunft Hessen verrät Agenturchefin Uphoff ihre Philosophie.

SPD-LANDESVERBAND

Zukunft Hessen: Sie haben eine Auszeichnung zum familienfreundlichsten Unternehmen Hessens erhalten. Was machen Sie anders als andere Unternehmen?

Karin Uphoff: Die Familienfreundlichkeit ergibt sich aus unserer besonderen Unternehmenskultur. Wir haben uns gelöst von der veralteten machthierarchischen Organisationsform, die lange vorherrschte und vielerorts immer noch zu finden ist: oben denken, unten handeln. Wir brauchen

heute ganz andere Strukturen in Unternehmen. Menschen sollen und wollen sich selbst organisieren, in Teams zusammenarbeiten. Nur so lässt sich die Komplexität, die sich durch die Digitalisierung und Globalisierung entwickelt hat, auffangen. Dafür ist jedoch ein ganz anderes Menschenbild, ein anderes Führungsbild nötig. Wer meint, Mitarbeiter seien grundsätzlich faul und müssten deshalb angetrieben und „fremdmotiviert“ werden, muss Macht, Druck, Regeln und Kontrolle einsetzen. Ich

bin hingegen zutiefst überzeugt davon, dass sich Menschen grundsätzlich gern einbringen und mitwirken, wenn ein Miteinander herrscht, das auf Wertschätzung, Vertrauen, Kooperation und Eigenverantwortung basiert. Daraus entsteht eine ganz andere Form der Zusammenarbeit. Diese neuen Formen der Selbstorganisation in Unternehmen bringen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie automatisch mit sich. So etwas bildet sich in vielen Unternehmen jedoch noch nicht ab.

Zukunft Hessen: Das heißt: Sie schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie schaffen modernere Arbeitsstrukturen, die führen dann gleichzeitig dazu, dass Ihr Team Privates und Beruf besser in Einklang bringen kann?

K. Uphoff: So ist es, das ist ein sich selbst befruchtender Prozess. Und man darf nicht vergessen, dass Menschen Erlebnisse und Erfahrungen aus ihrem Privatleben auch wiederum in den Job einfließen lassen – und andersherum. Beide Bereiche können gegenseitig sehr voneinander profitieren. Wenn ich eine Familie führe, übernehme ich Verantwortung. Ich übernehme Führung für die Kinder, nicht über Machtstrukturen, sondern teamorientiert. Eine Familie ist ja wie ein kleiner Betrieb, in dem ich mich um die verschiedensten Dinge kümmere. Alles das, was ich dabei lerne, nutzt auch dem Unternehmen, den Teams und dem Miteinander. Das gilt auch andersherum. Also alles, was ich im Unternehmen lerne, an Führung, an Miteinander, an Sensibilität gebe ich auch in das Familienleben zurück. Indem ich eine starke Trennung

vornehme, nehme ich Unternehmen und Menschen die Chance, Synergien herzustellen und den Lernnutzen zu maximieren.

ZH: Es ist EIN Leben.

K. Uphoff: Genau – es ist immer ein Ganzes. Das ist natürlich auch stressanfällig. Wenn ich merke, ich vernachlässige eine Seite, kommt etwas aus dem Gleichgewicht. Wenn ich zu Hause bin und nicht an meinen Projekten arbeiten kann, komme ich in Stress. Wenn ich zur Arbeit gehen muss und zu Hause sind die Kinder krank, komme ich auch in Stress. Das ist doch die Krux des Themas Vereinbarkeit. Deshalb haben wir versucht, das zu entzerren.

ZH: Ja, das klingt in der Theorie gut. Aber wie setzen Sie das Thema Familienfreundlichkeit um?

K. Uphoff: Im Prinzip ist der Kernpunkt: Ich liebe meine Mitarbeiter und glaube daran, dass sie große Lust haben, sich maximal einzubringen. Ich vertraue ihnen. Wir haben gemeinsam den Sinn unseres Unternehmens

formuliert, dazu Rahmenbedingungen und Vereinbarungen. Und auf dieser Basis kann jeder, in Abstimmung mit den anderen, seine Arbeitszeit absolvieren, wie es in den Lebensrhythmus passt. Ob das jetzt im Homeoffice ist, ob das morgens oder abends ist, das spielt keine Rolle. Wichtig ist, was dabei herauskommt.

ZH: Das klingt alles super. Aber wie funktioniert das ganz praktisch – also operativ.

K. Uphoff: Wir haben dafür die technischen Voraussetzungen geschaffen, eine Telefon- und Computeranlage, die es ermöglicht, von überall zu arbeiten, wo ich Internet habe – das kann im Büro sein, im Wartezimmer eines Kinderarztes oder auch am Strand. Jeder hat direkten Zugang zu allen Daten, egal von wo. Es ist immer die Frage, wie man sich abstimmt. Im Grunde ist die Zauberformel ein Dreiklang aus dem positiven Menschenbild, den technischen Voraussetzungen und dem gemeinsamen Sinn des Unternehmens. Das reicht – mehr Grundlagen brauchen wir nicht. Und: Es funktioniert.

ZUR PERSON

DR. KARIN UPHOFF

Dr. Karin Uphoff ist seit vielen Jahren als Expertin für Unternehmenskultur, Kommunikation und PR bundesweit aktiv. Sie hält Vorträge, leitet Workshops, schreibt Fach- und Kinderbücher sowie Kolumnen für Zeitschriften und hat einen Lehrauftrag an der Universität Gießen. Ihre Agentur erhielt bereits mehrere Auszeichnungen, unter anderem für Unternehmensleistungen, Unternehmenskultur und innovative Unternehmensideen. 2013 startete sie die Initiative heartleaders (www.heartleaders.de), ein Bündnis für Wertschätzung, das Unternehmen für ihren Weg in die Arbeitswelt 4.0 stark macht.

Wegen ihres unternehmerischen Engagements wurde Dr. Karin Uphoff von der Europäischen Kommission 2009 zur Unternehmensbotschafterin ernannt und 2014 in den Kreis der Vorbild-Unternehmerinnen des Bundeswirtschaftsministeriums aufgenommen.

Ehrenamtlich engagiert sich Dr. Karin Uphoff in diversen Unternehmensverbänden. So ist sie Vorsitzende des Verbands deutscher Unternehmerinnen (VdU) Hessen und im Vorstand der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände. Und last but not least ist Dr. Karin Uphoff Mutter von sechs Kindern.



BILDNACHWEIS – UPHOFF-PR

Die Unternehmerin Dr. Uphoff setzt auf Vertrauen und Wertschätzung.

AM 6. MÄRZ WÄHLEN GEHEN GEGEN RECHTS

ACHTUNG



SCHWARZ-GRÜN

BILDNACHWEIS – NANCY FAESER

Hessen braucht einen Aufstand der Anständigen.

SPD-LANDESVERBAND – Text **NANCY FAESER**

In den bisherigen Ausgaben dieses Magazins habe ich mich an dieser Stelle kritisch mit der Politik der schwarz-grünen Landesregierung auseinandergesetzt. Gründe gibt es auch derzeit genug, ob wegen des immer noch sehr unterentwickelten Aufklärungswillens der rechtsradikalen NSU-Morde, insbesondere in Hessen, ob bei der Ausstattung der Polizei, bei der Hessen im Vergleich mit anderen Bundesländern auf dem drittletzten Platz landet, oder beim Thema Kita-

Gebühren, bei dem wir eine schrittweise Abschaffung fordern und Schwarz-Grün blockiert.

Heute möchte ich aber ein anderes Thema voranstellen. Denn in Zeiten, in denen Parteien wie die AfD mit Äußerungen, die die Grenzen des Rechtspopulismus schon mit rechter Tendenz überschreiten, versuchen, nach Stimmen zu fischen, gilt es für alle

Das Land hat den Kommunen seit 2011 rund 1,4 Milliarden Euro weggenommen.

demokratischen Parteien, Haltung zu beweisen und gemeinsam aufzustehen. Nur eine klare Position der Politik kann den Zusammenhalt in der Gesellschaft sichern und den Spaltern die Stirn bieten.

Die wiederholten verbalen Entgleisungen der AfD schaffen ein Klima, dass Gewalt begünstigt. Wenn Frau Petry und auch Frau von Storch von einem Schuss-

waffengebrauch an der Grenze gegenüber Flüchtlingen schwadronieren, ist das nicht nur grob rechtswidrig, sondern vor allem zutiefst menschenverachtend! Wes Geistes Kind sind diese Menschen? Mit solchen Grenzverletzungen entlarvt sich die AfD als rechtsradikale Partei. Dem muss Einhalt geboten werden! Kein Demokrat, kein anständiger Mensch kann einer solchen Partei seine Stimme geben. Die AfD hat auf die drängenden Fragen Deutschlands und Europas – insbesondere zur Situation der Flüchtlinge – nur unmenschliche Hetze, Parolen und tief verankerte Fremdenfeindlichkeit parat. Lösungen? Fehlangeige. Solche Parteien gefährden unser Land und dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Kein anständiger Mensch kann der AfD seine Stimme geben.

Deshalb rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf, bei der Kommunalwahl am 6. März wählen zu gehen. Nur eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die verfassungsmäßigen Parteien und kann solche extremen Kräfte stoppen.

Es braucht einen Aufstand der Anständigen. Es gilt, diese geistigen Brandstifter als zutiefst undemokratisch und verfassungsfeindlich zu entlarven!

Vor Ort in den hessischen Städten und Gemeinden sind die Populisten von der AfD ohnehin nicht präsent – ihr Weltbild entsteht fernab jeglicher Realitäten. Die hessischen Kommunen haben in den letzten Monaten ganze Arbeit geleistet und den aus Kriegs- und Krisengebieten und

unvorstellbarer Not Geflüchteten hier einen ersten Start ermöglicht. Dafür gilt ihnen ein ganz herzliches Dankeschön!

Städte und Gemeinden haben elementare Bedeutung für unsere Demokratie. Hier entscheidet sich, ob der soziale Zusammenhalt funktionieren kann. Kommunen stellen Wohnraum, Wasser und Energie zur Verfügung, fördern über die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen das Arbeitsplatzangebot, bieten soziale Dienste und Einrichtungen zur Gesundheitsversorgung sowie Bildungs- und Kulturzentren.

Leider muss auch der schwarz-grünen Landesregierung klar gemacht werden, dass die Kommunen hier die wichtigsten Aufgaben in Hessen wahrnehmen. Nur vor Ort entscheidet sich, ob die Integration der Flüchtlinge gelingt. Deshalb ist es so entscheidend, die Kommunen auch finanziell angemessen auszustatten.

Apropos zweithöchste Verschuldung von hessischen Kommunen: Die Landesregierung lässt die Kommunen am langen Arm verhungern. Die zweithöchsten Schulden und die zweitniedrigsten direkten Zuweisungen des Landes führen zu einer desolaten Finanzlage der Kommunen. Statt sie zu unterstützen, macht die Landesregierung die Situation permanent schlimmer. Seit 2011 hat sie den Kommunen rund 1,4 Milliarden Euro weggenommen. Der neue Kommunale

Finanzausgleich verteilt nur den Mangel anders, die Kommunen erhalten keinen Cent zurück.

Die Pflichtaufgaben der Kommunen werden nur zu 90 Prozent ersetzt. Damit fehlt wieder insgesamt eine Milliarde Euro für die wichtigen Aufgaben vor Ort.

Zu dieser ungerechten Finanzverteilung durch den Finanzminister kommen zudem zwei Knebelasse des Innenministers, der die Kommunalaufsicht führt. Sie verlangen höhere Gebühren und



Am 6. März werden die Parlamente vor Ort neu gewählt.

Steuern und einen ausgeglichenen Haushalt bis 2017. Die Leittragenden dieser schwarz-grünen Kommunalfeindlichkeit sind die Bürgerinnen und Bürger, die zusätzlich auf eine funktionierende Infrastruktur, auf das lokale Schwimmbad, Büchereien oder Jugend- und Senioreneinrichtungen verzichten müssen!

Wir brauchen in Hessen Kommunen, die ihre Aufgaben erfüllen können. Sie dürfen nicht zu Bittstellern gemacht werden, die Schutzschirme brauchen. Der neue Kommunale Finanzausgleich verwaltet nur den Mangel neu. So können aber die Kommunalverantwortlichen vor Ort die große Vielfalt von Aufgaben nicht gut erfüllen.

MOBIL, SICHER UND SELBSTBESTIMMT

Schwarz-Grün darf Wünsche und Bedürfnisse von Älteren nicht dem Spardiktat opfern

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **ULRIKE ALEX**

Wer nach einem Arbeitsleben in den Ruhestand tritt, hat oft mit einer Vielzahl von Einschränkungen zu kämpfen. Die Rente verringert das Einkommen. In Hessen sind 13,5 Prozent der Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht. Dies trifft häufig Frauen mit einer durch Familienzeit und häuslicher Pflege unterbrochenen Erwerbsbiografie und Geringverdiener. Mindestlohn und Mütterrente sollen dieser Entwicklung entgegenwirken, können aber aufgrund der Höhe nur ein Einstieg sein. Die persönliche Altersvorsorge bleibt jenen vorbehalten, die während ihres Erwerbslebens etwas abzweigen können.

Darüber hinaus wächst der Bedarf nach gesundheitlicher Unterstützung. Je nach Wohnort kann der Arztbesuch zur Reise werden, wenn kein Transportangebot zur Verfügung steht. Der Verbleib im gewohnten Wohnumfeld scheidet häufig an notwendig gewordenen Umbaumaßnahmen, der Wohnungsbau, insbesondere für seniorenrechtlichen und generationsverbindenden Wohnraum,

stagniert. Der SPD ist es gelungen, aus der Opposition heraus zumindest den Einstieg in einen staatlich geförderten Wohnungsbau in den Landeshaushalt hineinzuverhandeln. Er muss allen zugute kommen, auch und besonders der älteren Bevölkerung.

Die Ansprüche der Menschen im dritten Lebensabschnitt sind besondere. Das weiß niemand besser als die Betroffenen selbst. Seniorinnen und Senioren wollen sich einbringen und sind dabei weit entfernt davon, sich als reine Vertretungen in eigener Sache zu sehen. Die Politik ist gut beraten zuzuhören, Lebenserfahrung zu schätzen und zwar auch und besonders in der institutionalisierten Form der Seniorenbeiräte. Diese existieren in Hessen und sind nach der Hessischen Gemeindeordnung ausdrücklich erlaubt, aber der Verbindlichkeit und Regelmäßigkeit von Seniorenbeiräten – wie von der SPD gefordert – steht eine schwarz-grüne Koalition entgegen, die dies verhindert hat. Dabei geht es nicht darum, einer Bevölkerungsgruppe, die ja bereits wahlberechtigt ist, zusätz-

liche Rechte zu gewähren. Vielmehr soll ein überparteiliches und sachkundiges Beratungsgremium, das langfristig und kontinuierlich an der Bewältigung von Zukunftsaufgaben in einer immer älter werdenden Gesellschaft arbeitet, für politische Entscheidungen Wirkung entfalten. Im Tagesgeschäft kurzfristiger Anforderungen ist es wichtig, Menschen zu haben, die lange Linien verfolgen.

In den Kommunen vor Ort sind die Probleme wohlbekannt. Die zahlreichen Einschränkungen durch die nicht auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen und das Spardiktat des Rettungsschirms der schwarz-gelben und der schwarz-grünen Landesregierung hat viele Auswirkungen gerade auf die ältere Bevölkerung: Mobilität wird eingeschränkt, kommunale Pflegeeinrichtungen abgeschafft, Beratungsangebote werden eingestellt und Begegnungsmöglichkeiten und kulturelles Angebot für den kleinen Geldbeutel fallen dem Rotstift zum Opfer. Darüber hinaus verringern teilweise drastisch erhöhte Steuern, Gebühren und

Eintrittsgelder die engen finanziellen Spielräume der älteren Bevölkerung noch weiter.

Dabei sind es gerade Seniorinnen und Senioren, die dort einspringen, wo der Staat sich zurückzieht und wichtige gesellschaftliche Aufgaben nicht wahrnimmt oder nicht wahrnehmen kann. Dies gilt für das familiäre und nachbarschaftliche Umfeld, etwa bei Kinderbetreuung und Pflege, bei Fahrdiensten und häuslicher Hilfe, sowie beim ehrenamtlichen Engagement, bei der Gestaltung von Kommunikation und Zuwendung in Vereinen, Kirchen,

Initiativen und Organisationen. Dies gilt auch gerade jetzt bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten, die bei uns Schutz, Sicherheit und eine Lebensperspektive suchen. Ehrenamt darf dabei nicht ausgebeutet werden. Es sollte sich auf Angebote beschränken können, die über die staatlichen Möglichkeiten hinausgehen. Die Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements zeigt sich nicht in Sonntagsreden und wohlwollendem Schulterklopfen. Es zeigt sich darin, dass vonseiten der Politik Anregungen, Beratung, Mitbestimmung und auch Forderungen ernst genom-

men werden und im politischen Alltag umgesetzt werden.

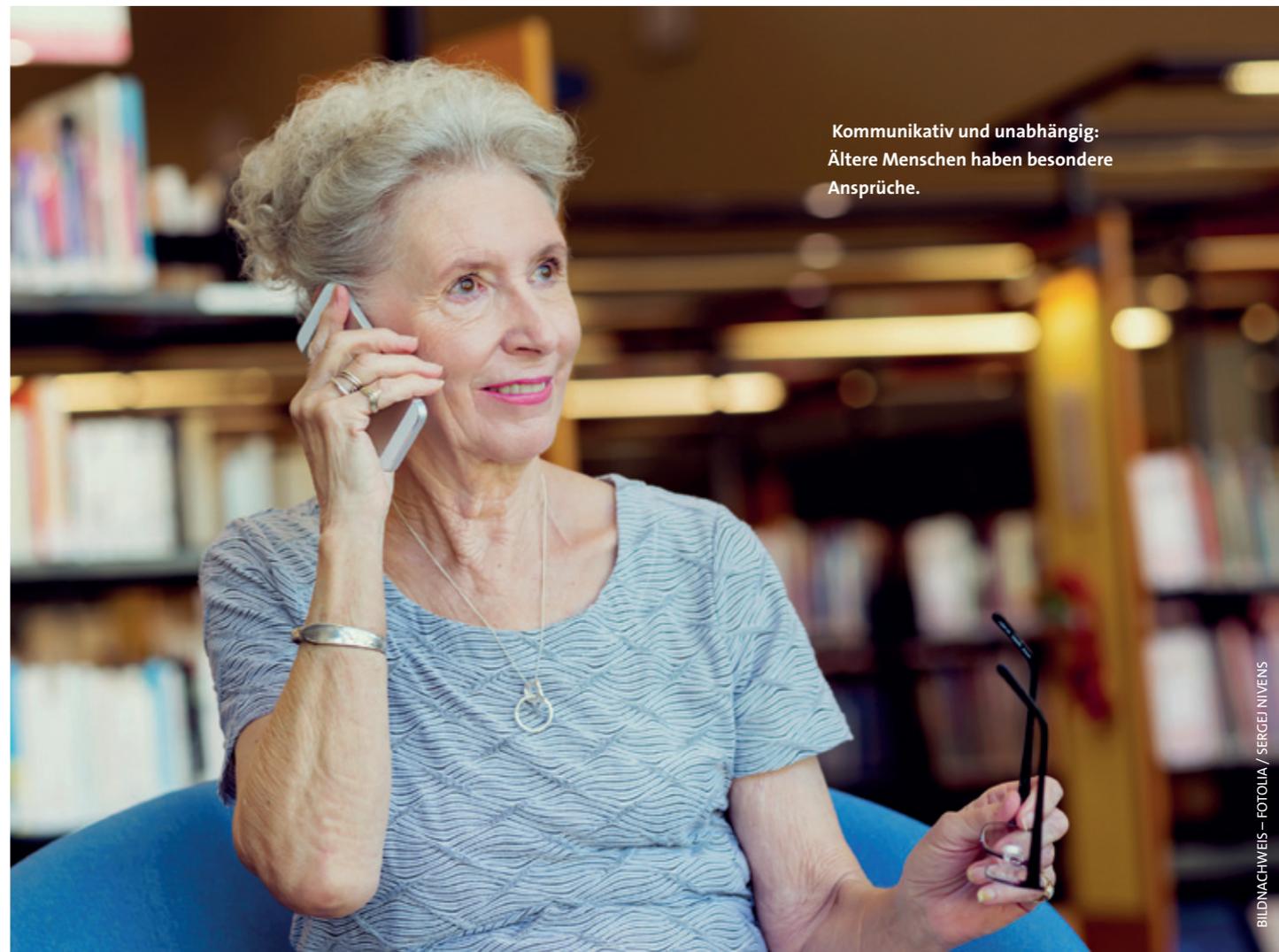
Wir werden immer älter und das ist auch gut so. Um die Zukunft zu gestalten, brauchen wir die Einmischung, die Lebenserfahrung und die Sachkunde der älteren Generation.

DIE AUTORIN **ULRIKE ALEX** (59)



KÜMMERT SICH ALS SPD-LANDTAGSABGEORDNETE UM DIE BELANGE VON SENIORINNEN UND SENIOREN.

Kommunikativ und unabhängig:
Ältere Menschen haben besondere Ansprüche.



DAS LAND VERNACHLÄSSIGT STÄDTE, KREISE UND GEMEINDEN

BILDNACHWEIS – FOTOLIA / BLUEDESIGN

Seit Regierungsübernahme durch die CDU verschlechterten sich die Kommunen mit ihren Defiziten vom drittbesten auf den drittschlechtesten Platz. **SPD-LANDTAGSFRAKTION** – Text **NORBERT SCHMITT**



In Hessens Rathäusern müssen seit der CDU-Regierungsübernahme immer öfter Gebühren erhöht und Investitionen gestrichen werden.

Das Land Hessen vernachlässigt in kaum zu überbietender Weise seine Unterhaltungspflichten gegenüber den Kommunen. Bis zum Jahr 2000 hatten die hessischen Kommunen die drittgeringsten Defizite. Mit der Regierungsübernahme der CDU in Hessen begann das Elend für die Städte, Gemeinden und Landkreise. Explosionsartig stiegen die Defizite, vom dritt-

besten Platz fiel Hessen auf den drittschlechtesten Platz zurück. Dies führte zu Klagen von Kommunen vor dem Staatsgerichtshof in Hessen. Die Landesregierung wurde verdonnert, einen neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) vorzulegen. Doch wer sich davon eine Besserung der finanziellen Ausstattung der hessischen Kommunen erwartet hatte, ist bitter enttäuscht wor-

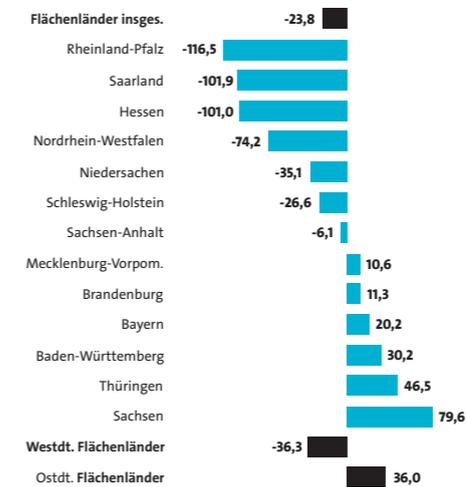
den. Mit einem mathematisch verbrämten Betrug werden nun die Kommunen noch schlechter ausgestattet als bisher. So hat die schwarz-grüne Landesregierung mit einer besonderen Rechenmethode (dem sogenannten Korridormodell) die von den hessischen Kommunen zu leistenden Pflichtausgaben einfach um eine Milliarde Euro gekürzt.

KOMMUNEN WERDEN GEZWUNGEN, STEUERN UND GEBÜHREN ZU ERHÖHEN

Dass sich die finanzielle Situation in der ein oder anderen Kommune verbessert hat, ist weder auf den neuen KFA oder den sogenannten Schutzschirm – besser als Knirps zu bezeichnen – noch auf das kommunale Investitionsprogramm zurückzuführen. Einzig und allein die bessere Konjunktur und Steuer- und Gebührenerhöhungen auf kommunaler

Kommunaler Finanzierungssaldo Ø 2001-2011

in Euro je Einwohner



Hessens kommunaler Finanzierungssaldo hat sich seit 2001 im Bundesdurchschnitt am drittmeisten verschlechtert.

Dies hat eine Landesregierung zu verantworten, die ihren Unterhaltungspflichten gegenüber den Kommunen nicht nachkommt. CDU und Grünen fehlt die notwendige Empathie für kommunale Interessen. Beide Parteien haben anscheinend nicht verstanden, wie wichtig für unser aller Leben ein gutes Wohnumfeld ist. Sie haben nicht verstanden, dass Städte und Gemeinden richtig lebenswert erst durch gute kulturelle und sportliche Angebote vor Ort werden, sie Hilfen und Unterstützung für junge und ältere Menschen bieten müssen, gute und bezahlbare Kindergärten brauchen und öffentliche Gebäude und Straßen nicht verkommen dürfen.

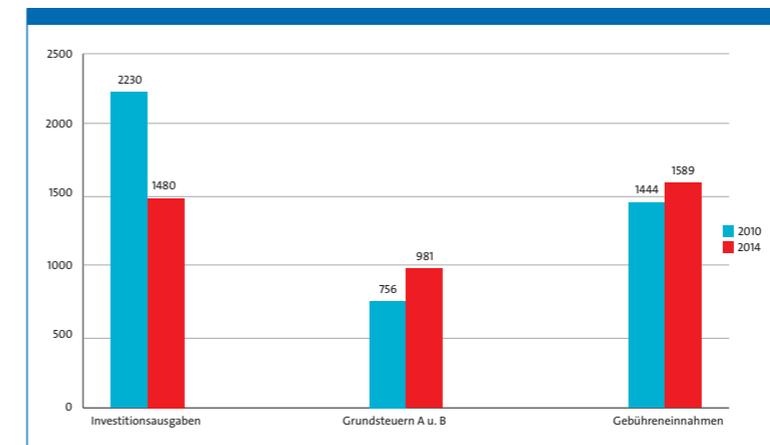
Deshalb sollten die Bürgerinnen und Bürger bei der Kommunalwahl zeigen, was sie von einer solchen Politik der Landesregierung halten. Nur eine richtige Wahlschlappe bei der Kommunalwahl bringt CDU und Grüne noch zur Besinnung.

Ebene sind die Ursache dafür. Zudem wurden die Investitionen massiv gekürzt und wichtige kommunale Leistungen gestrichen. Die kommunalen Steuern und Gebühren sind in Hessen von 2008 auf 2014 um 370 Millionen Euro gestiegen und gleichzeitig wurden die Investitionen um 750 Millionen Euro jährlich gekürzt. Dies hat die Landesregierung durch eine rigide Kommunalaufsicht erzwungen.

ZUWEISUNGEN AN HESSISCHE KOMMUNEN SIND BUNDESWEIT AM NIEDRIGSTEN

Die hessischen Kommunen erhalten bundesweit die geringsten direkten und indirekten Zuweisungen durch die für sie zuständige Landesregierung. Dies hat zur Folge, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen nicht die notwendigen Investitionen leisten können. Heruntergekommene Schulgebäude, Rüttelstraßen, fehlende Spielplätze oder Sportanlagen, geringe Energieschutzmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden zeigen das Ausmaß der Lage. Die Kommunen verbrauchen ihre Substanz und haben keinen Spielraum für eigentlich notwendige Leistungen.

Es ist schon besonders dreist, was die hessische CDU tut: Auf Berliner Ebene wird eine gerechte Vermögenssteuer blockiert, um auf hessischer Ebene die Kommunen zu zwingen, die Grundsteuern zu erhöhen, die gerade die Mieter voll trifft.



NORBERT SCHMITT IST FINANZPOLITISCHER SPRECHER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION UND SORGT SICH UM DIE

SCHWIERIGE SITUATION DER HESSISCHEN KOMMUNEN.

Haushaltssanierung auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger: Seit 2010 wurden in Hessen Investitionen um ein Drittel heruntergefahren und Grundsteuern und Gebühren deutlich erhöht.

GRIFF DES LANDES IN FRANKFURTER KASSEN IST UNVERHÄLTNISSMÄSSIG

Schwarz-grüne KFA-Reform greift den Kern sozialdemokratischer Gerechtigkeitsvorstellungen an.

SPD-LANDESVERBAND – Text **MIKE JOSEF**

Eine Kommune regelt das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger auf der untersten politischen Ebene und damit am direktesten. Gleichzeitig wirken sich dort soziale Ungleichheiten am stärksten, am spürbarsten aus. Es ist darum wesentliches Ziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik, die Nachteile von einkommensschwachen gegenüber einkommensstarken Bürgerinnen und Bürgern zu beseitigen. Anders gesagt, die soziale Gerechtigkeit ist unser oberster politischer Anspruch. Dies macht permanentes Investieren in die soziale wie technische Infrastruktur notwendig und das Vernachlässigen solcher Investitionen zu einem schwerwiegenden politischen Fehler. Anders als die „schwarze Null“ wäre dies die wahre Bürde für nach-

folgende Generationen. Die Erweiterung des finanziellen Spielraums von Gemeinden ist darum ein Kernelement sozialdemokratischer Politik. Denn verglichen mit der Lohnentwicklung steigen die Kosten für alle Bereiche der Daseinsvorsorge unverhältnismäßig und verschärfen dadurch soziale Ungleichheiten zusätzlich.

UNZUREICHENDE FINANZAUSSTATTUNG TROCKNET EXISTENZGRUNDLAGE DER KOMMUNEN AUS

Dabei geht es nicht nur darum, die existenziellen Bedürfnisse der Menschen abzusichern. Kostenlose oder wenigstens kostengünstige öffentliche

Einrichtungen wie Kindertagesstätten, öffentlicher Nahverkehr, Sozialeinrichtungen, Krankenhäuser und so weiter sind auch eine Grundvoraussetzung, um der in einer Kommune lebenden Bevölkerung die notwendigen Freiräume für demokratische Teilhabe, Einflussnahme und Selbstbestimmung zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund könnte sich die Realität in Hessen nach fast 17 Jahren CDU-bestimmter Landespolitik kaum schlimmer darstellen. Die gefährlich unzureichende Finanzausstattung der hessischen Kommunen durch das Land trocknet deren Existenzgrundlage aus. Unter dem Spardruck von Schwarz-Grün (und Schwarz-Gelb) haben in den vergangenen fünf Jahren die Kommunen bereits 750 Millionen Euro weniger investiert. Ein gigantischer Investitionsstau ist die Folge. Dies hat der Staatsgerichtshof denn auch als ungerechtfertigt abgeurteilt. Die politische Ausrichtung von Schwarz-Grün

und Schwarz-Gelb hat jedoch zu dem kapitalen Fehlschluss geführt, die Finanzausstattung der Kommunen nicht etwa zu verbessern, sondern im Zuge der Reformierung des sogenannten Kommunalen Finanzausgleichs den selbst verschuldeten Mangel zu verwalten.

FRANKFURT MUSS JÄHRLICH 137 MILLIONEN EURO IN DEN KFA ZAHLEN

Auf geradezu absurd unverhältnismäßige Weise wird dabei in die Frankfurter Kassen gegriffen. Am Ende sieht die größte hessische Kommune einem Minus von fast 137 Millionen Euro entgegen – Jahr für Jahr! Schon infolge der letzten Kürzungsrunde standen Frankfurt 100 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Dabei sind es gerade die Ballungszentren, die vor enormen Herausforderungen stehen und deshalb nicht geschwächt, sondern gestärkt werden sollten. Frankfurt wird weiter wachsen, was immense zusätzliche Ausgaben für die Bereitstellung jeglicher Infrastruktur notwendig machen wird. Die Schulen sind marode und müssen dringend saniert werden, Schulplätze fehlen und spätestens mit Einschulung ihrer Kinder beginnt für viele Eltern ein Betreuungsnotstand.

Sitz des Frankfurter Parlaments und des Oberbürgermeisters: der Frankfurter Römer.

KOMMUNEN, LAND UND BUND BRAUCHEN GEMEINSAME KRAFTANSTRENGUNG

Dabei geht es keineswegs darum, sich einer solidarischen Umverteilung zugunsten strukturschwacher Regionen in Hessen zu verweigern. Hauptkritikpunkt aus Frankfurter, aber auch insgesamt sozialdemokratischer Sicht ist, dass es das Ziel der KFA-Reform war, die durch die Schuldenbremse verursachten Finanzprobleme des Landes auf Kosten der hessischen Kommunen zu lösen. Was wir stattdessen brauchen, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Kommune, Land und Bund. Denn die finanzielle Ausstattung der hessischen Kommunen erlaubt bereits jetzt kaum mehr als die Finanzierung von Pflichtaufgaben.

DURCH LANDESPOLITIK MÜSSEN VOR ORT KINDERGÄRTEN TEURER WERDEN

Diese Symbolpolitik zeitigt schon jetzt schwerwiegende Folgen. Einnahmen, wie etwa die Gebühren für Kindergärten und andere soziale Einrichtungen, wurden in den letzten Jahren bereits stark erhöht. Gleiches gilt für die Grundsteuer, die, das weiß auch Finanzminister Schäfer, direkt an die Mieterinnen und Mieter weitergegeben wird. Nun werden die hessischen Kommunen zusätzlich in die Ecke gedrängt. Was dies für die unteren Einkommensgruppen bedeutet, lässt sich seit Jahren in Frankfurt beobachten. Die schwarz-grüne Stadtregierung betreibt in ideologischer Verbundenheit mit der Landesregierung eine Stadtentwicklungspolitik, die



ganze Milieus aktiv und systematisch aus der Stadt verdrängt. Das ist gewollte Gentrifizierung. Eine Politik, deren Hauptintention es ist, für hohe und höhere Einkommensbezieher attraktiv zu werden. Luxuswohntürme mit Doorman und Hundewaschplatz sowie Entmietungen und Wohnraumspekulationen im großen Stil sind die Folge.

KFA LÄSST SCHULDENBERG FRANKFURTS TROTZ REKORDEINNAHMEN WACHSEN

Das Ganze passiert, während der Schuldenberg Frankfurts trotz Rekordsteuereinnahmen auf 1,8 Milliarden Euro anwächst. Die Kommunalwahl am 6. März ist darum nicht nur, aber vor allem in Frankfurt eine Richtungsentscheidung. Eine Abstimmung darüber, für wen in Zukunft in der Kommune Politik gemacht werden soll, und darüber, ob die kommunalfeindliche und damit soziale Ungleichheiten verschärfende Politik von Schwarz-Grün in Hessen und darüber hinaus eine Zukunft hat oder nicht.

DER AUTOR MIKE JOSEF IST SPITZENKANDIDAT DER FRANKFURTER SPD IM KOMMUNALWAHLKAMPF. ER IST VORSITZENDER DER



SPD IN FRANKFURT UND SITZT IN DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG.



In Frankfurt wächst nicht nur die Skyline, sondern auch der Schuldenberg in den Himmel.

HESSISCHE KOMMUNEN HABEN FÜR WICHTIGE INVESTITIONEN KEIN GELD

SPD-LANDESVERBAND – Text ANITA SCHNEIDER

Die Kommunen und Landkreise stehen derzeit vor großen Herausforderungen, wenn es um die Unterbringung und Versorgung von Menschen geht, die vor Krieg und Gewalt fliehen. Doch damit nicht genug: Es muss viel getan und investiert werden – für alle Bürgerinnen und Bürger –, damit das soziale Miteinander vor Ort gelingt. Das Zauberwort heißt: Schaffung notwendiger Infrastrukturen, um die Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Es geht um bezahlbaren Wohnraum, um ausreichende und qualitativ gute Kindertagesplätze, um Angebote für eine älter werdende Gesellschaft, um Bildungsangebote und nicht zuletzt auch um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum. Die Verkehrsinfrastruktur, die zum Teil schon marode ist, muss erhalten werden, der Öffentliche Nahverkehr zumindest die Grundbedarfe abdecken und die Breitbandversorgung flächendeckend vorhanden sein. Nur so kann die Attraktivität der ländlichen Kommunen gestärkt, der Abwanderung von Familien in die Städte etwas entgegengesetzt werden. Eine ausgewogene Entwicklung der Städte, des benach-

Nur handlungsfähige Städte, Kreise und Gemeinden können die Aufgaben der Zukunft und den sozialen Zusammenhalt gestalten.

barten Umlands, aber auch der peripheren Räume werden nicht nur helfen, den sozialen Frieden zu sichern, sondern auch dazu beitragen, die jeweiligen Potenziale zu fördern. Hierzu bedarf es jedoch bedeutsamer Investitionen in die Daseinsvorsorge. Doch dieses Geld ist in den hessischen Kommunen nicht vorhanden. Warum?



Hessens Kommunen haben kein Geld mehr im Sparschwein.

BILDNACHWEIS – FOTOLIA / BEERMEDIA.DE

NEUER KFA KANN LÄNDLICHEN RAUM NICHT STÄRKEN

Erinnern wir uns an das „Sonderopfer“ im Kommunalen Finanzausgleich, als diesem 344 Millionen Euro durch das Land Hessen zulasten der Kommunen entzogen wurden. Auch die

FAKTEN LANDKREIS GIESSEN

Der Landkreis Gießen liegt in Mittelhessen. Er erstreckt sich vom Gießener Becken bis zur nördlichen Wetterau. Im Osten umfasst er Teile des Vogelsbergs. Der Landkreis ist von ländlichen Strukturen geprägt. Er hat eine Fläche von 854 Quadratkilometern und knapp 260 000 Einwohner. Damit kommen auf einen Quadratkilometer 304 Einwohner. Der Landkreis umfasst 18 Städte und Gemeinden, darunter Lich, Hungen, Pohlheim und Fernwald.

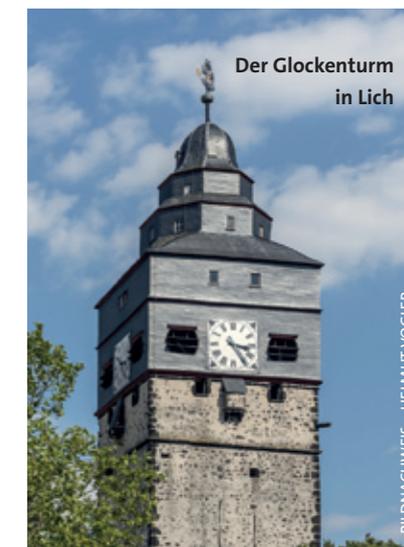
Veränderungen durch das Hessische Kinderförderungsgesetz machen gerade den ländlichen Kommunen zu schaffen. In diesem Zusammenhang unterstütze ich ausdrücklich die Forderungen der SPD-Landtagsfraktion auf kostenfreie Kindertagesplätze. Nicht zu vergessen das „große Projekt“ des Hessischen Finanzministers: die Strukturreform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA). Dieser sollte gerechter und den Kommunen eine ihren Aufgaben entsprechende Finanzausstattung gewähren. Dies ist für den Landkreis Gießen, der ein erhebliches finanzielles Minus gegenüber dem alten Kommunalen Finanzausgleich ausweist, nicht gelungen. Insgesamt verlieren mittel-

hessische Landkreise erhebliche finanzielle Mittel. Finanzielle Mittel, die fehlen, um notwendige Investitionen für die Entwicklung der Region zu tätigen. Zudem zeigt sich, dass gerade die Städte und Gemeinden mit besonderen Problemlagen wie einen erheblichen Rückgang der Bevölkerung und besondere soziale Lasten kaum von den Veränderungen des Kommunalen Finanzausgleichs profitieren. Es ist also festzustellen, dass mit der KFA-Strukturreform das Ziel der Stärkung des ländlichen Raumes nicht erreicht wurde.

SACHINVESTITIONEN DER GEMEINDEN SANKEN PRO KOPF UM 10 PROZENT

Vielmehr führt die Landespolitik der letzten Jahre dazu, dass die Investitionsschwäche der Kommunen anwuchs. Die KfW ermittelte einen Investitionsrückstand bei deutschen Kommunen von rund 118 Milliarden Euro. In Hessen sanken in den letzten 10 Jahren die Sachinvestitionen der Gemeinden und Landkreise pro Einwohner um 10 Prozent. Verschuldet auch durch den Entzug von finanziellen Mitteln und einem Zurückfahren von notwendigen Förderprogrammen. Die Konsequenz ist, dass zu wenig in wichtige Infrastrukturen wie Schulen, Kitas, sozialer Wohnungsbau, Straßen und Rad- und Fußwege investiert wurde. Dies rächt sich in der aktuellen Situation, in der neben einem bereits bestehenden hohen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum dieser noch weiter anwächst. Zu wenig wurde bisher von Landes- und Bundeseite zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus

getan. Über viele Jahre hinweg wurde dieses Thema sträflich vernachlässigt! Das nun – auch mit großem Zutun der SPD-Landtagsfraktion – aufgelegte Förderprogramm des Landes für den sozialen Wohnungsbau ist eine erste Korrektur der Fehler



Der Glockenturm in Lich

BILDNACHWEIS – HELMUT VÖGLER

der letzten Jahre, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu ermöglichen.

Und so bleibt eine wesentliche Forderung an die Landespolitik: Nur finanziell ausreichend ausgestattete und damit handlungsfähige Kommunen werden investieren und somit die große Aufgabe des sozialen Zusammenhalts meistern können!

DIE SOZIALDEMOKRATIN ANITA SCHNEIDER IST LANDRÄTIN DES



LANDKREISES GIESSEN. SIE WEISS, WIE KNAPP KOMMUNEN IN HESSEN KALKULIEREN MÜSSEN.

BILDNACHWEIS – SCHNEIDER

WEIL SCHWARZ-WEISSE ANTWORTEN NICHT GREIFEN

SPD debattiert beim Hessengipfel 2016 über Sicherheit, Kommunales und die Flüchtlingssituation

SPD-LANDESVERBAND – Fotos PETER JÜLICH

Von der Kommunalwahl 2016 bis zur Flüchtlingssituation in Europa und der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik reichte die thematische Spannweite des Hessengipfels in Friedewald. Eröffnet wurde die traditionelle politische Jahresauftaktklausur des SPD-Landesverbands und der SPD-Landtagsfraktion durch die Generalsekretärin Nancy Faeser. In ihrer Rede rief sie dazu auf, dass die SPD neben dem Thema Zuwanderung auch eigene Themen setzt. „Wir wollen, dass Eltern in Hessen keine Gebühren mehr für Kindertagesstätten zahlen müssen“, so Faeser.



Farbe bekennen

Auch wenn es auf den ersten Blick schien, als würde nach der Eröffnung ein großer thematischer Sprung hin zu außenpolitischen Themen gemacht, wurde doch deutlich, wie nah Kommunalpolitik und Außen- und Sicherheitspolitik beieinander liegen können. „Ohne die Außen- und Sicherheitspolitik ist heute auch vor Ort nichts lösbar“, beschied Thorsten Schäfer-Gümbel in seiner kurzen Ansprache an die rund 140 geladenen Gäste, darunter Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister sowie Landtags-

Bundestags- und Europaabgeordnete. Und doch habe vor zwei Jahren niemand ahnen können, wie sich die Lage in der Welt entwickeln würde und wie nah der Terror Europa kommen würde. „Ich bin heilfroh, dass wir in diesen unfriedlichen Zeiten Verantwortung übernommen haben und dass wir die Chance haben, das friedenspolitische Erbe unserer Partei fortzuschreiben“, begann Ehrengast Außenminister Frank-Walter Steinmeier seine Rede am Freitagabend. „Gerade in einer solchen Welt, in der schwarz-weiße Antworten nicht greifen, darf man sich weder wegducken noch



Die Familie Börner kam zur Verleihung der Holger-Börner-Medaille – mit Außenstaatsminister Michael Roth.

raushalten und auch nicht den Parolen geistiger Brandstifter wie der AfD folgen.“

Schäfer-Gümbel ergänzte tags darauf, dass klar gesagt werden müsse, dass Antworten auf die aktuellen Herausforderungen niemals einfach sind. „Wir müssen Lösungen anbieten, aber wir dürfen nicht den Anschein erwecken, dass wir Lösungen haben, die eine komplette Wiederherstellung alter Zustände versprechen“, schloss Barley sich dem hessischen Landesvorsitzenden an.

Neben dem politischen Jahresauftakt wurde Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Hans Eichel und Karl Eyerkauf die Holger-Börner-Medaille verliehen. „Die Preisträgerinnen und Preisträger haben sich in besonderer Weise um die hessische Sozialdemokratie verdient gemacht“, betonte Schäfer-Gümbel.

Herzliche Begrüßung: Frank-Walter Steinmeier trifft Thorsten Schäfer-Gümbel und Günter Rudolph. ↓



Entspannt beim Abendessen: Katarina Barley und Thorsten Schäfer-Gümbel



Wird von Frank-Walter Steinmeier in die Interna der Außenpolitik eingeweiht: der kleine Tim mit Mutter Nancy Faeser



↑ Interne Runde: Steinmeier, Barley und Schäfer-Gümbel beraten sich.



→ Begeisterter Applaus für den Außenminister



↑ Nancy Faeser und Thorsten Schäfer-Gümbel nehmen die Preisträger der Holger-Börner-Medaille in die Mitte: Hans Eichel, Dr. Christine Hohmann-Dennhardt & Karl Eyerkauf (v.l.n.r.).



↑ Zu Ehren des ehemaligen MPs Holger Börner: Die Medaille trägt seinen Namen.



IN DEN KOCHTOPF GESCHAUT

DIE LIEBLINGSREZEPTE UNSERER ABGEORDNETEN

ZUTATEN FÜR 4 PERSONEN

- 3–4 EL Olivenöl
- 2 mittelgroße Auberginen
- 2 Schalotten, gewürfelt
- 2 Knobizehen, zerdrückt
- 120 g Risottoreis
- 70 ml Weißwein
- 400 ml Gemüsebrühe
- 1 Biozitrone
- 1 TL Butter
- 80 g Parmesamkäse
- 1 Handvoll Basilikum, in Streifen geschnitten



BILDNACHWEIS – PRIVAT

Zitronen-Auberginen-Risotto

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **ELKE BARTH**

Ich liebe es, neue Rezepte auszuprobieren. Aktuell koche ich „Genussvoll vegetarisch“ mit Yotam Ottolenghi. Risotto mag ich in allen Variationen. Schon die Zubereitung macht Spaß!

Den Backofen auf 220°C (Heißluft) vorheizen, dann den Grill anstellen, eine Aubergine im Ganzen reinlegen und gut 30 Min. rösten. Zuvor unbedingt mit dem Messer mehrfach einstechen, damit sie nicht platzt! Die andere Aubergine in 1,5 cm große Würfel schneiden, salzen und in ein Sieb geben.

2 EL Öl in einen Topf mit schwerem Boden geben und erhitzen. Die gewürfelten Schalotten und (etwas später) den Knoblauch glasig andünsten. Dann die Temperatur hochschalten und den

Risottoreis reingeben. Ab jetzt immer rühren! Wenn der Reis zu knistern anfängt, mit dem Weißwein ablöschen und köcheln lassen, bis dieser fast vollständig verdunstet ist. Die Temperatur etwas herunterschalten. Zwischenzeitlich die Brühe zubereiten und auf dem Herd heißhalten. Nun nach und nach die Brühe mit einer Schöpfkelle zum Risotto geben und ständig rühren. Immer erst eine neue Kelle hinzugeben, wenn die Flüssigkeit komplett aufgenommen wurde. Es dauert eine Weile, bis die Brühe vollständig verbraucht ist. Der Reis sollte am Ende noch bissfest sein. Dann von der Herdplatte nehmen.

Parallel dazu die abgetropften Auberginenwürfel in einer Pfanne knusprig anbraten.

Den Saft einer halben Zitrone, etwas Abrieb sowie das ausgeschabte Fruchtfleisch der gerösteten Aubergine aus dem Ofen unter den Risotto rühren. Ebenso den geriebenen Parmesan und die Butter. Den Risotto fünf Minuten ruhen lassen. Die Auberginenwürfel noch unterrühren, alles auf die Teller verteilen und mit Basilikumstreifen bestreuen. Salzen und pfeffern.

Dazu passt auf der Haut gebratenes Fischfilet, z.B. Loup de mer. Es schmeckt aber auch ohne jegliche Zugabe hervorragend.

Wir trinken dazu einen trockenen Sauvignon Blanc.

Guten Appetit!
Elke Barth

NACHGEFRAGT

1
2
3



»Sagen Sie mal, Herr Schäfer-Gümbel...«
Drei Fragen von Antje Köster

SPD-LANDTAGSFRAKTION

1 Antje Köster: Kostenlose Kita-Plätze – eine tolle Idee. Werden wir, die Kommunen, dadurch entlastet?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Es wird auch Entlastungen in der Bürokratie geben, schließlich müssen ja die Kitagebühren seitens der Kommune nicht mehr eingezogen werden. Außerdem wird die wirtschaftliche Jugendhilfe der Kommunen entlastet. Der Schwerpunkt unserer Initiative liegt aber vor allem bei den Familien. Sie werden durch die zum Teil ja hohen Kita-Gebühren in einer Zeit, in der sie durch Job und Familie ohnehin gefordert sind, noch zusätzlich belastet. Das wollen wir beenden. Und natürlich geht es uns um Chancengleichheit in der Bildung. Gebühren sind Bildungsbarrieren, deshalb müssen Kitas, genauso wie Schulen und Unis, beitragsfrei sein.

2 Köster: Tausend nicht besetzte Polizeistellen in Hessen. Was tun Sie für unsere Sicherheit?

Schäfer-Gümbel: Die Bedingungen, unter denen die hessische Polizei für Sicherheit im Land sorgt, sind leider in den letzten Jahren

schlechter geworden. Der Krankenstand liegt mit 28 Tagen pro Beamten und Jahr sehr hoch. 3,5 Millionen Überstunden schieben die Beamtinnen und Beamten insgesamt vor sich her. Die CDU-geführte Landesregierung hat der Polizei dazu noch eine Nullrunde verordnet. Noch dazu bildet Hessen, einer aktuellen Abfrage zufolge, bei der Polizeiabdeckung das Schlusslicht im Bundesvergleich. Man kann sagen, insbesondere die CDU hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur nicht um die Polizei gekümmert, sondern durch Personaleinsparungen die Situation auch immer weiter verschlechtert. Die hessische SPD hat nun mit der Landesregierung ausgehandelt, 100 neue Polizeianwärter einzustellen. Das kann für eine erste Entlastung sorgen. Dies kann aber nur der Anfang sein, um die Arbeitsbedingungen bei der hessischen Polizei zu sanieren.

zahlbaren Wohnungen. 40.000 bezahlbare Wohnungen fehlen seit Jahren in Hessen. Die Mittel werden derzeit im Bund wie im Land massiv aufgestockt. Für uns ist wichtig, dass echte Zuschüsse gezahlt werden. Zinsvergünstigungen bringen derzeit nichts. Mit der Regierung haben wir ein 50-Millionen-Euro-Programm aufgelegt, um 6000 Wohnungen zu bauen. Die SPD hat im Hessischen Landtag aber durchgesetzt, dass es für den hessischen Städtebau und für die Dorferneuerung jeweils drei Millionen Euro mehr geben wird. Die Umsetzung ist derzeit in Planung.

Antje Köster ist seit 2010 Bürgermeisterin ihrer Heimatstadt Hattersheim. Am 6. März tritt sie zur Wiederwahl an.



Wollten Sie von Thorsten Schäfer-Gümbel auch schon immer etwas wissen? Bitte senden Sie Ihre drei kurzen Fragen an:
SPD-LANDESVERBAND HESSEN, REDAKTION „ZUKUNFT HESSEN“, RHEINSTRASSE 22, 65185 WIESBADEN

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

SPD-Landesverband Hessen, Rheinstraße 22,
65185 Wiesbaden, Tel.: 0611 999 77-0,
Fax: 0611 999 77-11 und

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag,
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden,
Tel.: 0611 350-519, Fax: 0611 350-511

V.I.S.D.P. Generalsekretärin Nancy Faeser, MdL

ANZEIGEN: Michael Blum, Tel.: 0611 999 77-13

HESSEN
SPD

LAYOUT: STUBE text&design,
www.stube-td.de

DRUCK: Kreisdruck Wiesbaden GmbH,
Schultheißstraße 15, 65191 Wiesbaden

REDAKTION:

Katja Apelt (verantwortlich), Hiltrud Wall,
Samira Bouchouaf, Isabel Neumann

BILDER: Titel: Photothek Thomas Imo
Alle Fotos ohne eigene Quellenangabe: Archiv der
SPD Hessen oder der SPD-Landtagsfraktion

Was auch immer die
Zukunft bringt –
mit der Post
kommt es an.



Ob auf der Datenautobahn oder über die Landstraße.
Wir sorgen auch in Zukunft dafür, dass Ihre Post rechtzeitig ankommt.

Entdecken Sie die Deutsche Post neu: www.facebook.com/deutschepost

Deutsche Post 

Die Post für Deutschland.